Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1924

67 (12.3.1924) 1. und 2. Blatt

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: monatlich durch Träger Mk. 2.30 bei der Abholstelle in Karlsruhe Mk. 2.20; wöchentliche Einzelnummer 10 Pfg. Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen können nur bis zum 25. auf den Monatsschluß erfolgen. Anzeigengrundpreis: 1spaltig, 1 mm hoch, 8 Pfg., im Reklameteil 25 Pfg. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Tarif-Rabatt, der bei zwangsweiser Betreibung und bei Konkurs wegfällt.

Erscheint einmal täglich auch Sonntags (als Morgenblatt) Beilagen: „Blätter für den Familientisch", „Frauenrundschau" und „Sterne und Blumen". In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Annahme: nachmittags 4 Uhr. — Drahtadresse: Beobachter. — Postscheckkonto: Amt Karlsruhe 4544 Fernsprecher: Geschäftsstelle 535, Redaktion: 572.

Verlagsleitung und Herausgeberin: Aktiengesellschaft Badener Landesblatt (Eugen Fehrle, Karlsruhe). Druck: Buchdruckerei der Badener Landesblatt, Karlsruhe, Adlerstraße 42. Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Meyer; für den Nachrichtendienst, den unterhaltenden und übrigen Teil: Dr. H. A. Berger; für die Anzeigen und Reklame: Josef Eisenbart, sämtlich in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Johannes Hermann, Berlin S.W. 7, Lützowstraße 31.

62. Jahrgang — Karlsruhe, Mittwoch, den 12. März 1924 — 1. Blatt Nr. 67

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbild.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 11. März. Nach einem kurzen Nachruf des Präsidenten Loebe für den gestern verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Alwin Körsten und nach Ueberweisung des Gesetzentwurfes über die Golddiskontbank an den Haushaltausschuß setzte der Reichstag die politische Aussprache fort. Der Rest der dritten Rednergarnitur hatte also das Wort. Ein Vertreter der bayrischen Volkspartei, ein Abgeordneter des bayrischen Bauernbundes und ein Demokrat. Gegenüber den vielfachen Vorwürfen der Opposition gegen die Finanzpolitik der Reichsregierung wies der Reichsfinanzminister Dr. Luther dann auf die ihm rätselhaft erscheinende Tatsache hin, daß aus einer solchen Fülle von angeblichen Fehlern der unbestreitbare Erfolg bestehen könnte, daß die Währung tatsächlich stabil gemacht und erhalten worden ist. Der Minister gab auch noch einige interessante Zahlen über die Verteilung der Steuer auf die einzelnen Gruppen, dann folgte eine endlose Rede des Kommunisten Maltzahn vor den gewohnten leeren Bänken. Man weiß nicht, was man an dem Redeschwall dieses Moskowiters mehr bewundern soll: die absolute Hohlheit seiner Gedanken (wenn solche überhaupt vorhanden wären) oder die zahllosen Schweißtropfen, die dieser ABC-Schütze vergießen mußte, oder daß es ihm auch nur einmal gelingt, einen regelrechten deutschen Satz zu bilden. „Deutsche Sprak — schwere Sprak".

Nachdem man diesen zweifellosen „Genuß" über sich hat ergehen lassen müssen, atmet man erleichtert auf und will nach Hause gehen, aber Herr Loebe, der Allgewaltige dieses Hauses, hat es anders in seinem Rate bestimmt: Am Donnerstag oder Freitag soll, so heißt es, dem Reichstag nun endgültig sein Sterbestündlein schlagen. Damit dies möglich sei, müssen heute die letzten Redner der dritten Garnitur zu Wort kommen. Zu schade, wenn dem Hause und der Oeffentlichkeit dieser Genuß vorenthalten bliebe. Herr von Graefe besteigt die Rednertribüne und muß unter fortgesetzter Unterbrechung und dauernden Zwischenrufen fast des ganzen Hauses, das sich allmählich wieder etwas bevölkert hat, seine erste deutschvölkische Wahlrede vom Stapel lassen. Was Herr von Graefe von der völkischen Idee im allgemeinen und von dem völkisch-sozialen Zukunftsstaat im besonderen zu sagen hat, klingt nicht gerade hoffnungsvoll. Vor allem aber wird man sich gerade beim kommenden Wahlkampf das vor Augen halten müssen, was Herr von Graefe sich heute gegenüber dem Vatikan und den deutschen Katholiken geleistet hat. Rückhaltlos bekannte er sich zu den Münchener Ausführungen Ludendorffs, auch zu seinen Schmähungen gegen Papst und Kirche. Auch ein Beitrag zu dem Thema: „Katholizismus und Völkische." Wehe dir deutsches Volk, wehe euch deutschen Katholiken, wenn ihr dem Gewaltregiment im Zeichen des Hakenkreuzes ausgeliefert werden sollt. Mit der Rede des dem Herrn Ledebour nahestehenden fraktionslosen Abgeordneten Wildmann wurde die große politische Aussprache nach 9tägiger Dauer beschlossen.

Berlin, 11. März.

Am Regierungstisch: Reichsfinanzminister Dr. Luther.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr und machte Mitteilung von dem Ableben des Abg. Körsten.

Auf der Tagesordnung steht als erste Lesung der Gesetzentwurf über die Deutsche Golddiskontbank. Die Vorlage wird ohne Aussprache an den Haushaltsausschuß überwiesen, ebenso der Gesetzentwurf zur Aenderung des Bankgesetzes.

Dritte Lesung des Notetats.

Die allgemeine Aussprache in Verbindung mit den Interpellationen über den Schutz der Arbeitskraft und die Steuerlasten der Landwirtschaft wird fortgesetzt.

Abg. Diernreiter (B. V.) wirft der Reichsregierung vor, sie treibe Raubbau am Volkskörper durch unerträgliche soziale und Steuerlasten und durch zu geringe Fürsorge für die Produktion namentlich der Landwirtschaft. Der Redner bekämpft die starke Mehleinfuhr aus Böhmen und Italien, ferner das Kartellwesen. Er fordert einen industriellen Preisabbau.

Abg. Eisenberg (B. B.) bedauert das Schicksal des deutschen Reichstags, der an einer völkischen Krankheit leide. Er wolle nämlich die Verordnungen der Regierung fressen oder sterben. Jeder habe die Pflicht, Steuer zu zahlen, aber die Steuer dürfe den Mittelstand nicht erdrücken. Der Abbau ist, so fährt der Redner fort, ganz fehlerhaft gemacht worden. Wenn man eine Stiege putzen wolle, so fängt man auch oben an anstatt bei den Kriegsinvaliden. Man hätte doch zuerst bei den weiblichen Beamten abbauen sollen. (Heiterkeit.)

Abg. Schuz (Dem.) wendet sich gegen die Beamtenabbauverordnung. Ein neues müsse baldigst eingebracht werden. Die Beamtenbezüge müßten schnellstens erhöht werden. Politische Gesinnung, Religion und gewerkschaftliche Einstellung dürfen beim Beamtenabbau keine Rolle spielen.

Reichsfinanzminister Dr. Luther wirft die Frage auf, wie aus soviel Fehlern, wie die Opposition der Regierung vorwerfe, ein solcher Erfolg hervorgehen könne. Der Minister betont, daß die Verwaltungskommission eine durchaus unpolitische Stelle sei, die mit Personalabbau gar nichts zu tun habe. Die Regierung hoffe, den Gedanken Abbau bis spätestens 1925 zu beenden. Dem Kabinett liege ein Entwurf zur Aenderung der Abbauverordnung vor, der eine besondere Nachprüfung im Sinne der preußischen Ausführungsbestimmungen für solche Beschwerden vorsehe, bei denen eine Verletzung der politischen und religiösen Neutralität behauptet wird. Die neue Verordnung wird alsbald erlassen werden. Die völlige Neutralität der Abbaumaßnahmen habe der Sparausschuß bestätigt. Vom 1. Dezember vorigen Jahres bis 31. März dieses Jahres seien an Steuern vom Besitz erhoben worden, nach der Voraussetzung 54 Prozent der Gesamtsteuern, nach dem tatsächlichen Aufkommen sogar 58 Prozent, an Steuern vom Arbeitslohn 12,5 bezw. 14 Prozent, an Steuern aus Genußmitteln 5,5 bezw. 4 Prozent, an Steuern aus dem Umsatz 28 bezw. 24. Dazu komme die Belastung der Steuern durch die Länder. Die Steuern werden keineswegs immer nur von den Mietern getragen. Die Behauptung, daß der Besitz noch nicht bis zum äußersten herangezogen worden sei, sei nicht richtig. Ein industrielles Unternehmen mit einem Vermögen von 6 Millionen Goldmark habe 46,9 pro Mille ihres Vermögens Steuer zu zahlen. 5 Prozent bedeuten eine schwere Belastung, wenn man bedenkt, daß die meisten Unternehmen einen Gewinn heute nicht abwerfen. Wenn Dr. Helfferich meine Zahlen, so fährt der Minister fort, über die Steuerbelastung des deutschen Volkes bestreitet, so geht er von irrigen Voraussetzungen aus, denn für eine Schätzung des Kapitalvermögens fehlen heute alle rechnerischen Grundlagen. Gegen die ungeheure Verarmung des deutschen Volkes gäbe es nur ein Mittel, das sei die Steigerung der Einnahmen und Beschränkung der Ausgaben aufs Aeußerste.

Abg. Maltzahn (Komm.) wirft der Regierung vor, sie habe die deutsche soziale Fürsorge durch ihre Verordnungen beseitigt. Der Henker sei der Arbeitsminister Brauns, der sich zum Knecht der Schwerindustrie erniedrigt habe.

Abg. v. Graefe (D. Vk.) nennt die Geschichtsepoche seit November 1918 eine einzige Pleite. Der jüdische Kapitalismus sei nie mächtiger gewesen als jetzt. Wenn jetzt die Deutschnationalen ein völkisches Programm aufgesetzt haben, das über unsere Forderungen noch hinausgeht, warum, so fährt der Redner fort, kommen sie nicht zu uns. (Große Heiterkeit.) Das Abrücken Helfferichs von Ludendorff war geradezu ungeheuerlich. Die Worte Ludendorffs kamen aus tiefstem Herzen eines unserer größten Patrioten. (Lachen links.) Der Vatikan muß als politischer Faktor sich Angriffe gegen seine politische Haltung gefallen lassen. (Abg. Ledebour ruft: Fordern Sie den Papst auf Pistole!) Der Münchener Prozeß wird dem Volke die Augen öffnen. Ludendorff, Hitler oder Kahr, Lossow, das wird die Parole des Wahlkampfes werden. Mit der Deutschen Diskontobank geht der letzte Rest von Selbständigkeit an das internationale jüdische Großkapital verloren.

Abg. Wegmann (U. S.) entgegnet dem Vorredner, daß die deutsch-völkische Bewegung das Schicksal aller Bewegungen teilen werde, die einer skrupellosen Demagogie ihr Dasein verdanken.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch nachm. 3 Uhr: Kleine Vorlagen, Silbermünzengesetz, Postfinanzgesetz, Einzelberatung des Notetats. Schluß gegen 9 Uhr.

—(*)—

Reichstagsauflösung Donnerstag oder Freitag.

Endlich Gewißheit!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 11. März. Die Auflösung des Reichstages ist nunmehr so gut wie sicher noch in dieser Woche zu erwarten. Heute mittag hat in der Wilhelmstraße eine Sitzung des Kabinetts stattgefunden, in der der Kanzler, wie zuverlässig feststeht, erklärte, daß nun zwischen dem Reichspräsidenten und der Reichsregierung vollkommene Uebereinstimmung in der Auffassung der Lage herrsche und daß der Reichspräsident infolgedessen zweifellos die Auflösungsverordnung unterzeichnen werde. In höchsten parlamentarischen Kreisen wurde diese Lesart bestätigt. Man rechnet damit, daß der Reichstag bestimmt am Donnerstag oder Freitag aufgelöst werden wird. In der gleichen Richtung ist eine Erklärung des Reichstagspräsidenten Loebe im Verlauf der heutigen Sitzung zu bewerten, wonach die große politische Aussprache noch heute zu Ende geführt werden müsse, damit der Reichstag am Donnerstag aufgelöst werden könne.

Nachdem die Zustimmung des Reichspräsidenten zur Auflösung noch in dieser Woche als gesichert gelten kann, dürfen sich die Ereignisse voraussichtlich folgendermaßen vollziehen: Da eine Zurückziehung der deutschnationalen Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung über diese Anträge nicht erwartet werden kann, wird der Reichskanzler voraussichtlich nach Abschluß der allgemeinen Beratung und vor Eintritt in die Spezialberatung der Anträge die Auflösung erklären und sie mit der Gesamthaltung des Reichstages begründen. Der Reihenfolge nach dürfte das ungefähr so vor sich gehen:

Sobald der Reichstag das Goldkreditbankgesetz erledigt hat, wird die Spezialdebatte der Abänderungsanträge zu den Notverordnungen der Reichsregierung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Gegen die Beratung dieser Anträge wird die Regierung zusammen mit den Fraktionen der Koalitionsparteien Einspruch erheben. Es wird dann eine entsprechende Erklärung der Deutschnationalen und Sozialdemokraten erwartet, und auf Grund dieser Erklärung wird dann, da sich nunmehr die Unmöglichkeit einer Weiterarbeit der Regierung mit diesem Reichstag herausgestellt hat, die vom Reichspräsidenten unterzeichnete Auflösungsorder vom Reichskanzler verlesen werden. Dies wird wahrscheinlich am Freitag der Fall sein.

Ueber den Termin der Neuwahlen kann im Augenblick etwas Positives noch nicht gesagt werden. Alle diesbezüglichen Meldungen sind Kombinationen.

Die letzten Tage des Reichstags.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 11. März. Nach dem Beschluß des Aeltestenrates des Reichstages wird morgen das Postfinanzgesetz, das Gesetz über die Auflegung der Silbermünzen und der deutschnationale Antrag wegen der Wahl des Reichspräsidenten und am Donnerstag das Gesetz über die Golddiskontbank beraten werden.

Die Lage in der Pfalz.

Die Teilnahme der Separatisten am Konflikt in der Anilinfabrik.

Ludwigshafen, 11. März. In einer Versammlung der „Rheinischen Arbeiterpartei", in der bekanntlich das gescheiterte Separatistenunternehmen neu aufgezogen werden soll, wurde erklärt, daß die sogen. Rheinische Arbeiterpartei die Arbeiterbewegung in der Badischen Anilin- und Sodafabrik ins politische Fahrwasser gebracht habe und zusammen mit syndikalistischen Elementen die Arbeiterschaft für den Separatismus zu gewinnen sucht. In dieser Versammlung wurde offen erklärt, die Vorgänge in der Anilinfabrik wäre die beste Gelegenheit zum Losschlagen und durch die Erregung der Massen würde der Boden vorbereitet, um der Rheinischen Arbeiterpartei, d. h. also den Separatisten in der Pfalz wieder zur Macht zu verhelfen. Es wurde weiter offen ausgesprochen, daß die sogen. Rheinische Arbeiterpartei alsbald in Ludwigshafen, Kaiserslautern, Pirmasens mit Gewalt sich in den Besitz der öffentlichen Macht setzen werden. Dort bestünden bereits Ortsgruppen, deren Mitglieder über genügend Waffen verfügten. Von diesen drei pfälzischen Industrieorten aus würde dann die sogen. Rheinische Arbeiterpartei ihre Herrschaft über die ganze Pfalz ausdehnen. Weiter wurde in der Versammlung auch davon gesprochen, daß weitere Terrormaßnahmen geplant seien, wenn der Bewegung irgend welche Hindernisse in den Weg gestellt würden. U. a. denke man an Sprengung in der Badischen Anilinfabrik. Sprengkommandos seien unter der Führung eines früheren Offiziers bereits gebildet und warteten nur auf das Losschlagen.

Die Sonderkommission in der Pfalz.

Speyer, 11. März. Die gestern hier eingetroffene interalliierte Sonderkommission hat heute vormittag die Besprechungen mit dem Kreisausschuß und den Vertretern der pfälzischen Kreisregierung aufgenommen. Die Vertreter der pfälzischen Bevölkerung schilderten den Mitgliedern der interalliierten Sonderkommission die Verhältnisse, wie sie sich nach dem Abschluß des Speyerer Abkommens vom 16. Februar, und nach der Abreise der Pfalzkommission in der Pfalz entwickelt haben. Da die Franzosen in den allermeisten Fällen sich gar nicht um das Speyerer Abkommen vom 16. Februar kümmerten und weitere Repressalien vornahmen, so sind der Spezialkommission zahlreiche Klagen der pfälzischen Bevölkerung vorgetragen worden. Daß sich die Franzosen an das Abkommen nicht halten, beweist nachstehende Meldung aus Bad Dürkheim.

Bad Dürkheim, 11. März. Der von den Separatisten ausgewiesene Geschäftsführer des Pfälzer Bauernbundes, Walter Müller war auf Grund des Speyerer Abkommens nach Dürkheim zurückgekehrt. Der französische Bezirksdelegierte drohte ihm nun wegen dieser Rückkehr, die ohne formelle Erlaubnis der Besatzungsbehörde erfolgt sei, mit Verhaftung, so daß Müller flüchtete.

Ein päpstlicher Vertreter nach München.

Rom, 11. März. Der Stellvertreter des vatikanischen Staatssekretärs Monsignore Pizzardo ist nach München abgereist. Die Reise hängt jedoch nicht mit Ludendorffs Anklagen gegen den Vatikan zusammen, vielmehr scheinen Besprechungen mit Zentrumsführern den Reisezweck zu bilden. Außerdem bringt Pizzardo eine größere Summe für die Armen der Ruhr und Pfalz mit.

Rechtsbewußtsein und Verteidigung im Hitlerprozeß.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Fritz Schäffer gibt in der Augsb. Postztg. Nr. 60 vom 11. März Bericht von dem Vorhaben der Verteidigung im Hitler-Ludendorff-Prozeß, die Staatsregierung dazu zu bestimmen, den Angeklagten die volle Begnadigung von vornherein nach dem Urteilsspruch zuzusichern. Gegen diese Zusicherung wollte dann die Verteidigung versprechen, den Prozeß so zu führen, daß das Vaterland keinen Schaden leide. Diese Bemühungen, von denen auch der Gerichtsvorsitzende Kenntnis hatte, kamen jedoch nicht zur Auswirkung, weil sie am Rechtsbewußtsein derjenigen scheiterten, die mit der Sache befaßt werden sollten.

Diese Enthüllung macht selbstverständlich größtes Aufsehen und ist geeignet, die Verteidigung schwer bloßzustellen; jedenfalls ist Rechtsanwalt Walter Hemmeter in die Sache verwickelt. Ob auch die anderen Verteidiger um diese Aktion wußten, steht nicht fest.

Die Golddiskontbank vor dem Reichsrat.

Berlin, 11. März. Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung am Montag abend einen Gesetzentwurf an über die hypothekarische Belastung von Grundstücken der Reichsbahn. Im Interesse der Kreditoperation, welche die Reichsbahn vorhat, soll eine hypothekarische Belastung der Eisenbahngrundstücke ohne Eintragung zugelassen werden. Ueber den Gesetzentwurf betreffend die deutsche Golddiskontbank, sowie den damit zusammenhängenden Gesetzentwurf über die Aenderung des Bankgesetzes berichtete namens der Ausschüsse der bayerische Staatsrat v. Wolff. Die Ausschüsse haben die Vorlagen nur mit geringen, im wesentlichen stilistischen und formalen Aenderungen angenommen. Da der Erwerb und die Beleihung von Aktien einer Privatbank durch die Reichsbank im Bankgesetz nicht zugelassen ist, so bedurfte es hierzu einer ausdrücklichen gesetzlichen Ermächtigung; da ferner die Verwaltung der Deutschen Golddiskontbank in den Händen der Reichsbankleitung liegen soll, mußte für den Präsidenten und die Mitglieder des Reichsbankdirektoriums die Möglichkeit geschaffen werden, dem Vorstand, dem Verwaltungs- oder Aufsichtsrat sowie den sonstigen Organen dieser Bank anzugehören. Das dagegen aus § 16 des Reichsbeamtengesetzes bestehende Hindernis wird durch die Vorlage beseitigt.

Das dritte Kabinett Theunis.

Brüssel, 10. März. Theunis hat dem König erklärt, er sei bereit, die Bildung des Kabinetts zu übernehmen. Das Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen:

Vorsitz und Finanzen: Theunis, Justiz: Masson, Aeußeres: Hymans, Inneres: Poublet, Kunst und Wissenschaft: Nolf, Ackerbau: Nuezette, Eisenbahn: Neujean, Landesverteidigung: Forthomme, Wirtschaftliche Angelegenheiten: Van de Vyvere, Industrie und Arbeit: Tschoffen.

* * *

Die Bildung des dritten Kabinetts Theunis ist vom König vollzogen worden. Die Regierungserklärung vor dem Parlament erfolgt am 18. März.

Streik im Hamburger Hafen.

Hamburg, 11. März. Nachdem die Hamburger Hafenarbeiter gestern abend ihre zweite Schicht beendet hatten, sind sie in Streik getreten.

—(*)—

Badischer Landtag.

Antrag der Zentrumsfraktion zur Behebung der Notlage der Kriegsopfer.

Die Unterzeichneten beantragen:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung nachdrücklich für eine erhöhte Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen einzutreten, insbesondere:

1. für die Gewährung von Darlehen und Vorschüssen seitens des Reichs an die Kriegsopfer,
2. für eine Erhöhung der Kriegsversorgungsgebührnisse,
3. für möglichsten Schutz für Schwerbeschädigte bei Entlassung von Beamten und Arbeitern aus dem öffentlichen Dienst,
4. für die Bereitstellung von Fürsorgemitteln zur Ausbildung von Kriegerwaisen,
5. für die Ermöglichung einer Erholungsfürsorge für Kriegerwaisen.

Begründung.

Zu 1. Die zur Zeit herrschende Kreditnot wirkt sich besonders stark aus in den Kreisen von Schwerkriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Namentlich solche Fürsorgebefohlene, die sich unter großen Opfern wirtschaftlich selbständig gemacht haben, haben gegenwärtig schwer zu kämpfen, um sich geschäftlich aufrecht zu erhalten. In vielen Fällen ist die vom Reiche gewährte öffentliche Fürsorge durchaus ungenügend. Es sollten daher unbedingt staatliche Darlehensmittel zur Verfügung gestellt werden, damit die in Betracht kommenden Kriegsopfer in den Stand gesetzt werden können, ihre wirtschaftliche Selbständigkeit zu erhalten.

Es wären aber auch Darlehensmittel sehr nötig für solche Kriegsopfer, die durch die besondere Wirtschaftsnot der Gegenwart gezwungen, sich zur Zeit genötigt sehen, sich wirtschaftlich selbständig zu machen, da sie als Arbeitnehmer zur Zeit nirgends unterkommen können, daß sie wieder in den Stand gesetzt werden, ihre Arbeitskraft nützlich zu verwerten. Es kämen namentlich in Betracht: Darlehen zur Beschaffung von Rohstoffen, Arbeitsmaterialien und Arbeitsgeräten zur Stärkung eigenen Grundbesitzes, insbesondere zum Ankauf von Saatgut, Vieh u. dergl. mehr. Sehr oft benötigen Kriegsopfer, bei denen die Fürsorge an sich nicht zur Hilfeleistung berufen ist, Vorschüsse auf ihre Rentenbezüge, um sich Kleider zu beschaffen und vorübergehend einen angemessenen Lebensunterhalt sicher zu stellen. Darlehen und Vorschüsse wären von der Hauptfürsorgestelle zu bewilligen.

Zu 4 und 5. Das Heimatdankvermögen, das diesen Zwecken vornehmlich diente, ging durch die Geldentwertung völlig verloren.

Karlsruhe, den 8. März 1924.

Siebert. Dr. Baumgartner. Dr. Schmitt-Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Sehr unbequem

kommt den Deutschnationalen die Hetzrede Ludendorffs. Der Vorsitzende der Partei, Herr Hergt, suchte jüngst, es war am 1. März in einer Rede zu Naumburg a. d. S., den Herrn General Ludendorff von den deutschnationalen Rockschößen abzuschütteln. Nun kommt die offizielle Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei und schlägt wegen Ludendorffs Rede die Hände über dem Kopfe zusammen; begreiflich, der Scherbenhaufen im deutschnationalen Porzellanladen ist nicht klein. Der Herr General Ludendorff hat das Pech gehabt, offen zu sagen, was andere nur in vertrauten Kreisen auszusprechen für ratsam finden. Wir sind ihm dankbar dafür!

Es ist nun sehr interessant, was die Deutschnationale Korrespondenz zur Hetzrede selbst zu sagen weiß. Sie lobt zunächst einmal den Generalfeldmarschall von Hindenburg, daß er „die heiße Vaterlandsliebe des Generals Ludendorff" anerkannt habe. Schade, daß sie nicht hinzufügt, wie Hindenburg es aber abgelehnt hat, in das schwebende Verfahren einzugreifen, wie ihm nahgelegt worden war. Nach dieser Verbeugung vor Exzellenz Ludendorff sieht sich das deutschnationale Organ „gezwungen", eine Richtigstellung gegenüber den Ausführungen, die General Ludendorff in bezug auf die Einstellung unserer katholischen Volksgenossen gemacht hat," eintreten zu lassen. Worin besteht nun diese „Richtigstellung"? Das Deutschnationale Organ antwortet: „Nach den vorliegenden Presseberichten scheint Herr General Ludendorff in diesem Punkt seiner Erklärung Verwechslungen zum Opfer gefallen zu sein, denen man leider in der deutschen Oeffentlichkeit so oft begegnet und in denen das Zentrum mit dem katholischen Teil des deutschen Volkes gleichgesetzt wird." Wir glauben nicht an diese „Verwechslung"; nein, andere sind schlauer und sagen „Zentrum", wo sie die katholische Kirche treffen wollen. Bezeichnend für diese unsere Auffassung ist ein Vorgang, der jüngst aus Elberfeld gemeldet wurde und in der Bergischen Tageszeitung vom 14. Februar nachgelesen werden kann. In einer deutschvölkischen vertraulichen Versammlung sollte das Thema behandelt werden: „Freiheit von Rom und Jesuitismus." Nun war auch ein Herr aus dem katholischen Münsterlande da und schlug vor, statt des Wortlauts „Freiheit von Rom und Jesuitismus" lieber „Freiheit vom Zentrum, dem politischen Katholizismus", zu setzen. Sein Grund für diese schlaue Aenderung oder „Richtigstellung" war die Angst, „die katholischen Mitglieder vor den Kopf zu stoßen". Die Deutschnationale Korrespondenz hätte scheints auch bei der Hetzrede Ludendorffs gewünscht, daß er nach dem Rezept der Deutschvölkischen verfahren wäre. Der General hat diese „Richtigstellung" offenbar nicht gewollt, sondern vorgezogen, frei herauszusagen, was er dachte und wie er es dachte. Er hat damit Anspruch auf Anerkennung seiner Offenheit und Ehrlichkeit. Diese Seite der Rede Ludendorffs hat nun aber das Gefährliche für die deutschnationale Strategie. „Ausführungen aus so bedeutsamem Munde könnten geeignet sein, die Annäherung zwischen Evangelischen und Katholiken aufs ernsteste zu gefährden" d. h. die ins deutschnationale Lager geratenen Katholiken kopfscheu machen, „diese ehrlichen und aufrichtigen deutschen Volksgenossen in schwere innere Konflikte bringen". Diese Konflikte sind da und sie werden sich trotz aller Klugheit immer noch mehren, je zahlreicher die Angriffe auf die katholische Kirche werden und je „ehrlicher und aufrichtiger" man sich dem Beispiele Ludendorffs folgend ausspricht. Unter der Kielscheibe „Zentrum und politischer Katholizismus" ist eben beim besten Willen nicht alles, was einen ärgert, unterzubringen. Das Gefühl hat offenbar auch die Deutschnationale Korrespondenz, denn sie bittet und beschwört die Geister in ihrem Lager noch also:

„Man möge aber auch die gebührende Rücksicht auf die religiösen Empfindungen nehmen, die aus innerstem Drange das Oberhaupt der katholischen Kirche, den Papst, binden. Die Taten des Papstes während und nach dem Kriege legen ein beredtes Zeugnis dafür ab, daß auch er die Nöten des schwerringenden deutschen Volkes auf sorgendem Herzen trägt und im Rahmen der Möglichkeiten, die ihm seine Stellung über den streitenden Völkern offen läßt, bemüht ist, auch für die Leiden unseres deutschen Volkes zu sorgen."

Dieses Geständnis wollen wir festhalten. Wir werden es bald wieder brauchen. Die Beschimpfung des Hl. Vaters in Rom ist nämlich nicht bloß eine Einzelerscheinung im Gerichtssaal zu München. Als 1917 Graf Hertling die Kanzlerschaft übernahm, da wetterte der Reichsbote (Nr. 567 vom 6. November) über den „Ultramontanismus". „Graf Hertling sei eine geradezu typische Verkörperung der Bestrebungen derselben. Seine ganze bisherige Tätigkeit stelle eine ununterbrochene Kette seiner Wirksamkeit für Zwecke des nach Weltherrschaft strebenden Papsttums dar. Jetzt sei dafür gesorgt, daß ein den päpstlichen Wünschen genehmer Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen zustande komme."

Am 29. Januar 1924 las man in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung ähnliche Gedankengänge. „Daß wir Deutsche uns sinnlos in den Krieg hineinzerren ließen, daß wir diese unglaubliche Nibelungenpolitik mit der Spitze gegen Rußland mitmachten, das haben wir zum großen Teil zu verdanken der geschickten vatikanischen Politik, welche sich auf das Zentrum in Deutschland stützen konnte, nicht etwa in dem Sinne, als wenn unsere überzeugten Katholiken das deutsche Reich hätten zerstören wollen, aber hier waren und sie sind ohne jede politische Kritik gegenüber einem vatikanischen Druck. Der römischen Kirche lag daran, den letzten katholischen Großstaat Habsburg zu stärken ..." Man sieht aus diesen Verlautbarungen, Herr Ludendorff sieht nicht allein; weiter erkennt man, nicht das Zentrum will getroffen werden, sondern der apostolische Stuhl, der Hl. Vater in Rom! Das Peinliche für die deutschnationale Partei ist aber, daß nun der von ihr angebetete Ludendorff die Katze so resolut aus dem Sack ließ und das offen sagte, was andere ebenso denken, aber dann ihre Anklagen vorsichtig, nicht gegen die katholische Kirche und den Papst, sondern gegen den bösen Ultramontanismus oder Zentrum erheben.

Also „Rücksicht auf religiöse Empfindungen von uns Katholiken fordert die Deutschnationale Korrespondenz. Der Grund, warum jetzt auf einmal abgewehrt wird, ist ersichtlich: Die Katholiken im deutschnationalen Lager merken offenbar an solchen Vorgängen, wie sie der Münchener Gerichtssaal erlebte, wohin sie getreten sind und gegen wen es letzten Endes geht! Das ist natürlich für die Deutschnationalen höchst unerwünscht; darum das Auffahren der Feuerspritze! Der Brand muß alsbald gelöscht werden.

Sehr unangenehm berührt ist man im deutschnationalen Lager darüber, daß wir im Zentrum uns wehren gegen die Beschimpfungen unserer Partei und der katholischen Kirche durch den Herrn General Ludendorff. Sofort ist man bei der Hand die Abwehr als „Ausnutzung" hin zu stellen, „um die Gegensätze zwischen Katholiken und deutschen Evangelischen zu vertiefen und auf diese Weise neuen Kitt für den berstenden Zentrumsturm zu gewinnen." Ja, hat man denn geglaubt, daß wir uns noch bedanken dafür, daß Herr Ludendorff beschimpft, was uns heilig ist? Wenn nun unsere Abwehr dahin verleumdet wird, als ob wir damit die Gegensätze zwischen Katholiken und Evangelischen vertiefen wollen, so kann man über diese neueste Nichtnutzigkeit nur tief empört sein! Hätte Herr Ludendorff seine Hetzrede unterlassen, dann müßten wir jetzt nicht den Wust von Verdächtigungen und Anschuldigungen wegräumen. Wenn Gegensätze vertieft wurden, so geschah es von Ludendorff und denen, die hinter ihm stehen. Will man also eine Mahnung ausgesprochen haben, so möge man im deutschnationalen Lager einmal ein ernstes Wort mit den Treibern im eigenen Lager reden. Dazu rechnen wir in erster Linie die „völkisch" Gerichteten. Denn hier sitzen die, welche im letzten November dafür sorgten, daß Kardinal von Faulhaber klagen mußte: „er sei selbst in der Nätezeit nicht so angepöbelt worden, wie bei den Tagen des völkischen Putsches!" Wenn Herr Reichskanzler Marx dieser Tatsache in seiner Abwehrrede Rechnung trägt, so stand er auf dem Boden der Tatsachen.

Wenn man im deutschnationalen Lager wirklich ein Zusammenarbeiten anstrebt, dann ist nicht zu verstehen, wie man die Kulturkämpfer in den eigenen Reihen weiter dulden und verteidigen kann! Damit, daß man sie mit einer Handbewegung und einem „Bst" zum Schweigen einläd, ist doch nichts weiter getan! Wozu diese Geste dient, liegt auf der Hand. Die deutschnationalen Katholiken sollen nicht aufgeschreckt werden und ins richtige Bild kommen. Ob diese Geste die Robusten wie Ludendorff von ihrer Art abhalten wird? Ob oder ob nicht, wir wissen Bescheid!

Der Hitler-Ludendorff-Prozeß.

Die Vernehmung v. Kahrs.

München, 11. März. Direkt nach Eröffnung der heutigen Sitzung begann nach 9 Uhr die Vernehmung des zweiten Hauptzeugen, des Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr.

Der Vorsitzende erklärte, er müsse den Zeugen zunächst unbeeidigt vernehmen, da die äußeren Umstände eine gewisse Beteiligung an den Vorgängen im Bürgerbräukeller erkennen ließen und da inzwischen ein Ermittelungsverfahren eingeleitet worden sei.

Dr. v. Kahr

erwiderte, ob vereidigt oder unvereidigt, er würde das aussagen, was er für wahr halte denn für ihn handele es sich nicht um Personen, sondern um den Staat. Dr. v. Kahr spricht zunächst von seiner Ernennung zum Generalstaatskommissar am 26. September, wobei er mit der gesamten vollziehenden Gewalt betraut wurde. Er habe diese Aufgabe vor allem im Sinne der bayerischen Belange dann aber der großen deutschen Interessen aufgefaßt nach dem Grundsatze: „Gesunde starke Staaten sind die Voraussetzung eines gesunden starken Reiches." Dr. v. Kahr schildert dann die überaus schlimme wirtschaftliche und politische Lage im September und Oktober vorigen Jahres, die dazu führten daß in Bayern die Kreise um Hitler glaubten unter Hinwegsetzung über die Staatsordnung die Krise als eine reine Machtfrage mit den Waffen lösen zu sollen. Er sei anfangs November dem Streben nach einem selbständigen Vorgehen Bayerns in der Währungsfrage entgegengetreten, um eine wirtschaftliche Separation Bayerns zu verhüten. Man habe aber rasche Maßnahmen vorbereiten müssen und bei diesen wirtschaftlichen Maßnahmen habe sich gezeigt, wie eng Bayern in den wirtschaftlichen Beziehungen mit den Reichsinteressen verknüpft sei. Am bedenklichsten seien damals die Folgen der Arbeitslosigkeit, die sozialen Zustände gewesen, was die Kommunisten veranlaßt habe, zielbewußt auf den Ausbruch der Revolution hinzuarbeiten. Angesichts der Zustände hätte sich des Volkes eine immer größere katastrophale Aufregung bemächtigt und alle nationalen Kreise seien von tiefster Sorge erfüllt worden und haben gedacht, daß nur eine Umgestaltung der Regierungsgewalt im Reich die nötige Lösung und Rettung bringen könne. So habe er es als brennendste Notwendigkeit empfunden daß zur Lösung des großen Wirrwarrs ein überparteiliches Direktorium im Reich gebildet werde das national zusammengestellt sei und auf die Wiederherstellung der deutschen Ehre bedacht und auf die wirtschaftlichen und militärischen Machtfaktoren frei von allem Druck und den wechselvollen Einflüssen des Parlaments, das zur Rettung des Vaterlandes tief einschneidende Maßnahmen ergreifen sollte. Ihm sei es unbedingt nötig erschienen, daß zu einer gesunden Dezentralisation im Bismarck'schen Sinne zurückgekehrt werden müsse. Bei der Zusammensetzung der Regierungsgewalt in der Hand eines außerparteilichen Direktoriums sei aber nicht etwa an eine militärische Aktion gedacht worden, sondern an die Herbeiführung eines politischen Druckes. Lossow und Seisser hätten schon seit Beginn des September von Hitler Kenntnis bekommen, daß er eine in Bayern ausgerufene und mit Waffengewalt vorwärtsgetragene Diktatur Hitler-Ludendorff anstrebe um die politische und wirtschaftliche Not im Reich zu beheben. Bei einem solchen Vorgehen sollte die bayerische Regierung unbehelligt bleiben, wenn sie den geplanten Vormarsch nicht hindere. Er, Lossow und Seisser hätten aber von Anfang an, ohne jemals darin zu schwanken, immer wieder diesen Gedanken als katastrophal für Bayern und das Reich bezeichnet und verworfen. Die Aufgabe, den Vertretern dieser Idee die Undurchführbarkeit dieses Gedankens nahe zu bringen, hätten Lossow und Seisser übernommen weil die beiden mit Hitler und Ludendorff in Beziehung standen, während er selbst seit September 1923 mit Hitler keinerlei persönliche Fühlung mehr unterhalten habe.

Er sei sich vollkommen klar gewesen, und es sei auch von Lossow und Seisser stets betont worden, welch unheilvolle Folgen ein bayerischer Marsch nach Berlin für Bayern, für den Bestand des ganzen Reiches und für die ganze nationale Bewegung im Reich haben müßte. Die Folgen seien aber auch in anderer Hinsicht unberechenbar gewesen: einmal ein völliges Zerschlagen des seit 1920 in mühevoller Arbeit erfolgten allmählichen nationalen Aufbaues, ein Zerschlagen des wirtschaftlichen und politischen Zieles, dem Bayern im Laufe des Jahres zugewandt eine vollständige Verwirrung aller Geister im Lande mit blutigen Auseinandersetzungen selbst unter den rechtsgerichteten Kreisen, denn weder Ludendorff noch Hitler würden in Bayern in weiten Kreisen als bayerische Führer anerkannt. Außerdem sei es unhaltbar gewesen, daß die bayerische Regierung einem solchen Vormarsch still zusehe, wenn sie überhaupt noch eine Regierung sein sollte. Bayern wäre in tiefstes Elend und Verderben gestürzt worden. Es wäre im weiteren Verlauf seiner Machtmittel und des letzten Restes seiner Selbständigkeit vollständig beraubt worden. Es mußte überdies mit einer militärischen Aktion Frankreichs, vielleicht mit einer Besetzung wichtiger Handelsstädte mit dem Einmarsch der Tschechen und Polen und damit gerechnet werden, daß ein solches Eingreifen seitens der übrigen Ententemächte kein Widerstand hätte, daß aber das waffenlose Deutschland in einem Konflikt mit Frankreich vollständig hätte unterliegen müssen dem niemand bezweifelt und im übrigen Reich müßte ein solches Vorgehen zu einem Bürgerkrieg und zu einer katastrophalen Zurückweisung führen. Es war bekannt, daß auch außerhalb Bayerns von einem Teil der nationalen Kreise der Name Ludendorff schon wegen seiner außenpolitischen Wirkung abgelehnt und Hitler noch mehr abgelehnt wurde. Der Vormarsch Hitlers müßte weiter zu einem zweiten Krieg 1866 führen und dazu wäre gekommen, daß das einzige durch Jahre lange mühevolle Arbeit des Generals v. Seeckt und seiner Offiziere aufgebaute, pflichttreue und sehr beachtenswerte wichtige Instrument des Reiches, die Reichswehr, zerschlagen und damit das Instrument zerbrochen würde, mit dem in Deutschland der Kommunismus niedergehalten werden konnte. Kurz überall wohin wir sehen, waren für uns nur rauchende Trümmerhaufen zu sehen; Zerstörung und letzten Endes vollständiger Zusammenbruch. Wir hatten auch keinen Zweifel darüber, daß das Unternehmen, selbst wenn die Reichswehr oder die Polizeiwehr zur Seite gestanden wäre, oder sich auch nur teilweise beteiligt hätte, kaum sehr weit über die Donau oder gar über die Grenze hinausgekommen wäre, fehlte es doch dieser nationalen Armee an allem: Bekleidung Schuhwerk, Ausrüstung und Waffen und die Requisition, die infolge allenthalben hätten einsetzen müssen, hätten zu einer inneren Zersetzung führen müssen und die Armee in den Augen der Bevölkerung zu einer Räuberbande herabwürdigen müssen, die man dorthin wünscht, wo der Pfeffer wächst und der man schließlich mit Waffengewalt entgegentritt. Auch das ist nach meiner Ueberzeugung vollständig irreführend, wenn man annahm, daß diesem Zug außerhalb Bayerns zahlreiche Scharen zugeführt werden. Wir haben wiederholt bei dieser Gelegenheit auf diese Dinge hingewiesen und insbesondere auch darauf daß die Reichswehr durch den Namen Ludendorff sich nicht zum Ungehorsam gegenüber ihren Führern verleiten lassen.

Ich möchte noch nachdrücklichst darauf hinweisen, daß wir uns gegenüber den Hitlerplänen, in Bayern eine Reichsdiktatur auszurufen und sie mit Waffengewalt vorzutragen bei jeder Gelegenheit mit aller Entschiedenheit entgegengesetzt haben und daß nach unserer Ansicht ein solcher Zug, von wem er

Kunst / Wissen.

Dr. Wilhelm Brennecke †. Mit Dr. Wilh. Brennecke, der am 19. Februar in Hamburg — erst 48 Jahre alt — gestorben ist, ist nicht nur einer der hervorragendsten deutschen Meeresforscher hingeschieden, sondern auch einer der wenigen Deutschen, denen es vergönnt war, den Südpolarkontinent zu betreten. Fast 20 Jahre hat Brennecke an der Deutschen Seewarte in Hamburg gewirkt und während dieser Zeit eine Reihe von meereskundlichen Forschungsreisen unternommen. Von 1905 bis 1907 nahm er an der großen Reise des deutschen Vermessungsschiffes „Planet" teil, die ihn um das Kap der Guten Hoffnung herum bis nach dem Bismarckarchipel im Stillen Ozean führte. Von 1911 bis 1913 war er Ozeanograph der zweiten deutschen antarktischen Expedition, die bis in die südlichste Bucht des Weddelmeeres vorstieß. Auf den Beobachtungen Brenneckes, die er während dieser Reise anstellte, beruht im wesentlichen die große wissenschaftliche Bedeutung dieser Unternehmungen, und es ist allgemein anerkannt, daß seine Forschungen über die natürlichen Eigenschaften des Atlantischen Meereswassers vom Norden bis zu dem fernsten Süden zu den zuverlässigsten und wichtigsten Daten der neuesten Meereskunde gehören. Noch im Sommer des vorigen Jahres hatte Brennecke an einer mehrwöchigen Reise des norwegischen Walfängers „Polarbjörn" teilgenommen, die in das Barentsmeer und nach Spitzbergen führte und die er ebenfalls zu wissenschaftlichen Beobachtungen ausnutzte. Die Deutsche Seewarte in Hamburg hat mit Brennecke einen ihrer fleißigsten und hervorragendsten Mitarbeiter, die deutsche Wissenschaft einer ihrer besten Meereskundler verloren.

Der Erfinder des halbstarren Luftschiffes †. Generalmajor Hans Groß, der Erfinder des halbstarren Luftschiffes, ist im Alter von 64 Jahren gestorben. — Generalmajor Hans Groß war zuerst Pionieroffizier, wurde aber bald zur Luftschifferabteilung kommandiert, machte am 31. Januar 1981 mit dem Ballon „W. W." seine erste wissenschaftliche Freifahrt und führte dann die Ballone „Humboldt" und „Phönix" bei allen wissenschaftlichen Fahrten. 1906 wurde er zum Kommandeur des Luftschifferbataillons ernannt und betrieb als solcher den Ausbau der deutschen Luftflotte durch Konstruktion von besonderen Militärluftschiffen. Er begründete die Luftschifferwerft und leistete auch in der Marineluftschiffahrt Hervorragendes. Die auf ihn zurückgehende Erfindung des halbstarren Luftschiffes bedeutet einen Markstein in der Geschichte der deutschen Luftschiffahrt.

Aphorismen.

Von Ilse Franke.

Soweit ein Mensch der Verehrung fähig ist, so weit ist er des Wachsens fähig.

*

Die meisten Menschen haben Zebraseelen, schwarz und weiß gestreift. Neben jedem weißen Streifen einer feinen, guten und schönen Eigenschaft findet der Menschenkenner fast unfehlbar einen ebenso breiten schwarzen Streifen eines häßlichen Fehlers, einer Ungütigkeit, Unvornehmheit, Disharmonie. Das unbeirrbare Streben nach edler Ausgeglichenheit ist erst das, was den Menschen zum wahren Menschen macht, zur Verkörperung des ewigen Bildes, nach dem er sich bilden soll.

*

Wer den Aufrichtigen nicht ertragen kann, wird auch seine eigene Gesellschaft in der Einsamkeit nicht ertragen.

*

Wie süß muß der Kern einer Seele sein, den die Bitternis des Lebens nicht verbittern und nicht vergiften konnte!

*

Kein Kunstwerk auf Erden ist herrlicher und unvergänglicher als ein in allen Feuern des Schicksals gehämmerter, in Kraft und Milde ausgeglichener Charakter.

*

Es gibt in unserer Seele ein Unzerstörbares, das keine Schicksalsmacht vernichten kann, wenn wir es nicht selber wollen.

*

Ein Kunstwerk, das nicht der Extrakt glühender Liebe und Leiden wäre, verdient den Namen nicht.

*

Die dankbare Seele ist die wahrhaft schöperische Seele.

*

Wenn du den Mut zum Glück hast, so vergiß die Hauptsache nicht: Die Geduld.

*

Alle tüchtigen und starken Menschen haben eine Neigung zur Herrschsucht. Das schadet der Welt nichts, die regiert sein will. Schlimm ist es aber, wenn Kinder, Schwächlinge und Narren herrschen wollen.

*

Es kann geschehen, daß die kleinen Fehler der Menschen, mit denen wir zusammen leben müssen, uns im Wege liegen wie Steine, an denen sich unsere Liebe, unser guter Wille, ja unsere Kraft und unser Leben wundstoßen und verbluten.

*

Kleine Alltagsfehler haben nicht weniger Glück und Liebe zerstört als große Laster.

*

Minderwertige Menschen führen ihre Fehler, vornehme ihre guten Eigenschaften zusammen.

*

Der Anspruchsvolle fühlt sich dem Anspruchslosen gegenüber ungeheuer überlegen.

*

Man hat keinen Freund, dessen man nicht wert wäre, aber man wird oft mehr geliebt als man verdient.

*

Hüte dich, dem Schmeichler Gehör zu geben. Das ist der Anfang von allem Selbstbetrug.

*

Das Geheimnis des Glücks: sein Schicksal lieben.

Bunte Chronik.

Die wunderbaren Schätze im Tal der Könige.

Seit im November 1922 der Telegraph die Kunde von der Entdeckung des Grabortes des Pharao Tutanchamont brachte, ist dieser altägyptische König in stärkstem Maße in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt. Was wissen wir denn überhaupt von ihm? Nachdem um 400 v. Chr. das Niltal unter Amenhotep III. die Zeit seiner höchsten Blüte erlebt hatte, folgte auf ihn sein Sohn Amenhotep IV., ein religiöser Schwärmer, der den seltsamen Versuch machte, an Stelle der zahlreichen in Aegypten verehrten die „Aton" genannte Sonnenscheibe, als den Schöpfer alles Lebens, zum einzigen zu erklären. Da ihm in seiner Ehe Söhne versagt blieben, ernannte er den ältesten der beiden Schwiegersöhne schon zu seinen Lebzeiten zum Regenten, der ihn jedoch nur um kurze Zeit überlebte. Dann bestieg der jüngere Schwiegersohn, Tutanchamon, den Thron. Gegen den Ansturm der Amonspriesterschaft, die im Bunde mit der Militärpartei die alten Götter zurückzuführen strebte, hielt er eine Weile in Amarna an der Atonlehre und dem mit ihr unlöslich verknüpften Kunststil fest. Doch nicht lange währte sein Widerstand, dann bekannte er sich als Tutanchamon zur alten Lehre und zog nach Theben zurück, wodurch das Schicksal Amarnas und der Atonlehre besiegelt war. Wahrscheinlich starb Tutanchamon — nach etwa sechsjähriger Herrschaft — eines gewaltsamen Todes. Von Eje, ebenfalls einem Günstling Amenhoteps IV., wurde ihm im Tal der Königsgräber das Grab bereitet. Eje wurde bald von General Haremhab, dem Führer der Reaktion, vom Throne gestoßen, der damit die Dynastie der Ramessiden begründete.

Im Tal der Königsgräber haben an dreißig Pharaonen ihre letzte Ruhe gefunden, aus der sie freilich meistens schon nach wenigen Jahren durch Grabräuber gerissen wurden.

In diesem Tal der Königsgräber wurden seit einer Reihe von Jahren umfangreiche Grabungen veranstaltet, seit 1907 durch den Aegyptologen Carter auf Veranlassung des Lord Carnarvon. In der berechtigten Ueberzeugung, daß man auch das letzte Grab finden müsse, wenn man die Massen des auf der Talsohle angesammelten Schuttes und Gerölles restlos entfernte, grub Carter sechs Winter hindurch — ohne Erfolg, und schon machte er sich mit dem Gedanken vertraut, das Tal zu verlassen, da stieß er am 4. November 1922 bei seinen Arbeiten auf eine in den Felsen gehauene Stufe — man hatte ein Königsgrab entdeckt. Es stellt sich als das des Tutanchamon heraus, als Carter und Lord Carnarvon drei Wochen später die am Ende eines Ganges gelegene Kammer öffneten und diese bis an die Decke gefüllt fanden mit den kostbarsten Dingen seines königlichen Haushalts. Da lagen aufeinandergetürmt drei bei gewissen Zeremonien verwandte Betten mit Löwen-, Kuh- und Nilpferdköpfen, vergoldet und mit Edelsteinen verziert, desgleichen eine Anzahl Kriegswagen, deren Kasten mit feinsten Reliefs geziert waren und die ebenfalls mit Gold beschlagen waren. Weiterhin fanden sich der Thronsessel des Königs, der mit Gold, Silber, Edelsteinen und Glasflüssen reich geschmückt war, und eine große Anzahl von Kästen edelster Form und Ausführung, die Sandalen, bestickte Gewänder und dergleichen enthielten. An der Wand zur Rechten hielten zwei lebensgroße Statuen des Königs die Wacht vor einer vermauerten Tür. Als man sie öffnete, fand man einen Schrein, der fast die ganze Kammer, in der er stand, einnahm. In diesem Schrein ein zweiter, dritter und vierter, deren letzter den Sarkophag des Pharao enthält.

An die erste sowohl wie an die Grabkammer schließen sich je noch eine weitere Kammer. Ihr Inhalt ist noch nicht untersucht. Die Ausräumung der ersten Kammer allein mit ihren 600 bis 700 Fundstücken hat den ersten Grabungswinter vollauf in Anspruch genommen.

auch unternommen werden sollte, von vornherein zum glatten Mißerfolg verurteilt werden würde. Ich sprach von der Notwendigkeit und von dem Bestreben, eine Direktion im Reiche zu errichten. Wir waren uns darüber ganz klar daß ein solches Direktorium nach seiner Einsetzung wahrscheinlich mit einem heftigen Widerstande zu rechnen hätte.

Kahr kam dann auf die Bürgerbräukellerversammlung zu sprechen, in die er nur widerstrebend und unfreiwillig eingewilligt habe. Er habe etwa eine halbe Stunde gesprochen, als plötzlich am Eingang Stimmengewirr entstanden sei. Dann sei ein Mann mit einer gegen ihn gerichteten Pistole vorgedrungen — Hitler — ihm zur Seite Leute mit Pistolen. Er, Kahr, habe seit dem Auftreten Hitlers das Gefühl des Ingrimms und des Ekels, dann aber auch eine tiefe Trauer und Sorge gehabt. Zunächst sei ihm der Gedanke gekommen, vom Podium aufzufordern, sich dem Ueberfall zu widersetzen. Beim Blick in den dichtgefüllten Saal habe er erkannt, daß schon eine Panik viele Menschen gefährden würde und daß außerdem Waffengewalt ein Blutbad anrichten würde. Er habe sich vom Podium herabbegeben, sei ganz nahe zu Lossow und Seisser gegangen und habe gesagt: „Da hat uns die Polizei in eine schöne Sauerei geraten lassen. Da müssen wir schon schauen, wie wir wieder herauskommen." Schon hier sei das Wort „Komödienspiel" gefallen. Er und die beiden anderen Herren seien sich darüber klar gewesen, daß nur durch ein gewisses Mitspielen eine Freiheit der Bewegung erreicht werden konnte, um Entschlüsse zu fassen. Er habe gefühlt, daß er für den Staat die erste Verantwortung trage und sei innerlich ruhig geblieben. Immer klarer sei in ihm der Gedanke gekommen, daß durch ein scheinbares Mitspielen die Freiheit zu erringen sei.

Kahr schildert dann auch seinerseits die Vorgänge im Bürgerbräukeller und betonte schließlich, daß er nach langem Drängen die Erklärung abgegeben habe: „Ich bin bereit, die Leitung für die Geschicke Bayerns als Statthalter der Monarchie zu übernehmen!" Diesen Ausdruck habe er gewählt, um eine möglichst neutrale, von der Aktion Hitlers unabhängige Erklärung abzugeben, die eine lediglich abwehrende Bedeutung hatte. Für ihn sei festgestanden, daß durch das Vorgehen Hitlers Staat und Reich schweren Erschütterungen ausgesetzt werden. Es könne keine Rede davon sein, daß er gesagt habe, man hätte 14 Tage warten sollen. Es sei völlig aus der Luft gegriffen, daß er am 12. oder 23. November mit Lossow und Seisser hätte losschlagen wollen.

Vom Bürgerbräukeller habe er sich ins Generalstaatskommissariat begeben und von Baron Freiberg die Mitteilung erhalten, daß bereits Maßnahmen getroffen seien, um die staatlichen Kräfte mobil zu machen. Gegen 12 Uhr habe ihn Minister Matt telephonisch angerufen, was denn im Bürgerbräukeller losgewesen sei und auf die Antwort, daß Hitler gegen Berlin marschieren wolle, habe Matt gesagt: „Da wird er weit kommen, das sind schöne Zustände". Inzwischen seien Pöhner und Frick in seiner Wohnung eingetroffen, denen er schließlich gesagt habe das Unternehmen Hitlers scheine ihm nicht aussichtsvoll, zumal Ludendorff auch in nationalen Kreisen Norddeutschlands wegen der politischen Wirkung im Auslande abgelehnt wurde. Dann sei Oberst von Seisser eingetroffen, mit dem er kurz die Situation besprochen habe und der vorgeschlagen habe, sich zu Lossow in die Kaserne des 19. Inf.-Reg. zu begeben. Das sei geschehen. Bis zu diesem Moment habe er mit Lossow kein Wort gesprochen, ob die Aktion Hitlers mitzumachen sei. Es sei ihnen ganz selbstverständlich gewesen, das abzunehmen, denn ihre Gedanken seien nur auf das eine Ziel gerichtet gewesen: „Wie können wir die Situation für den Staat retten und die Frage soweit als möglich unblutig lösen?" Morgens 5 Uhr seien Ludendorff und Hitler verständigt worden, daß Kahr, Lossow und Seisser die Aktion nicht mitmachen. Gegenüber Gerüchten, als ob er, Kahr, durch den Kardinal von Faulhaber oder durch den Kronprinzen oder durch irgend eine Partei im Laufe der Nacht beeinflußt worden wäre in seiner Entscheidung, müsse er sagen, daß an allen diesen Gerüchten kein wahres Wort sei. Im übrigen pflege er seine Entscheidungen selbst auf eigene Verantwortung zu treffen. Sein Entschluß die Hitler-Aktion nicht mitzumachen, sondern ihm entgegenzutreten, habe schon im Bürgerbräukeller festgestanden. Das politische Spiel, das er dort habe durchführen müssen, sei ihm innerlich ein Graus gewesen, dazu die große Betrübnis über den nationalen Konflikt mit Männern der nationalen Bewegung, der große Schmerz über die Erschütterung der großen vaterländischen Bewegung und die große Sorge für das Schicksal Deutschlands und Bayerns. Für ihn persönlich sei viel an Hoffnungen und Vertrauen was er im Herzen hatte, zusammengebrochen. Einer der Verteidiger habe gesagt, daß Kahr anderen die Arbeit überlasse und sich dann hineinsetze. Demgegenüber erklärt er, daß er bei seiner nationalen Arbeit uneigennützig, nur dem Vaterlande dienen wollte, nur Opfer gebracht, nie eine Führerstelle angestrebt und wirklich keinen Anlaß hatte sich aus dem Bereich seiner sauberen Verwaltungsarbeit in den Schmutz der Politik zu begeben. Wenn er später das Amt des Ministerpräsidenten übernommen habe, so habe er dies nur auf des Drängen der nationalen Kreise getan.

Kahr fuhr fort, daß wir seit dem Jahre 1918 immer noch an der revolutionären Gärung stehen und noch nicht abzusehen sei, wann diese ein Ende finde. Er habe verhindern wollen, daß die vaterländischen Verbände in den Zeiten großer Erregung Schritte tun, an denen die Bewegung letzten Endes selbst scheitern mußte.

Kahr schloß mit folgenden Worten:

„Heute stehen sich in diesem Tribunal Männer als feindlich gegenüber, die doch in den großen nationalen Grundgedanken dieselbe Empfindung hatten, deren tragisches Schicksal es aber war, daß sie über den Weg, der einzuschlagen war, gegenseitig in den schärfsten Konflikt geraten sind und geraten mußten, weil diejenigen, die an der Spitze der Staatsgewalt stehen, die Pflicht hatten, das zu verhindern, was nach ihrer festen Ueberzeugung dem Staate und dem Reiche zum Unheil und Unglück werden mußte. Nicht um Personen handelte es sich in diesem Streit, sondern um den Staat. Den Herren, gegen die sich die Anklage richtet, ist es darum zu tun, auf die gerade Linie der November-Vorgänge von 1923 zurückzugreifen. So wird jede nationale Arbeit totgeschlagen, da keiner mehr dem andern trauen und vertrauen kann, und in einer solchen Atmosphäre verdorrt das Mark eines Staates. Die Freude und die Vorteile aber hat die Internationale, die es im Gegensatz zu den nationalen Kreisen versteht, die Disziplin und die Einstellung auf ein großes politisches Ziel zu wahren. Das nationale Leben und Streben muß in einer solchen Giftatmosphäre ersticken und den Schaden davon hat der Staat und das Volk. Von meinem persönlichen Standpunkt aus sehe ich den hier zutage getretenen Bestrebungen ruhig entgegen. Mir kann nicht etwa jemand etwas geben oder etwas davon nehmen, von dem, was ich bin. Ich bin ein freier Mann. Personen bleiben oder vergehen, wenn nur der Staat und das Vaterland weiter gedeihen. Was ich noch zu bemerken habe, kann ich hier nicht vor der Oeffentlichkeit erörtern."

Der Vorsitzende stellt sodann noch einige Fragen an den Zeugen die äußeren Vorgänge im Bürgerbräukeller betreffend und betonte dabei die verschiedenen Gegensätze, die die Aussagen des Herrn von Kahr und die verschiedenen Aussagen verschiedener Angeklagten ergeben.

Nach einem längeren Frage- und Antwortspiel zwischen dem Vorsitzenden, v. Kahr und verschiedenen Verteidigern, während denen zeitweise die Oeffentlichkeit ausgeschlossen war, schloß der Vorsitzende die Verhandlung mit dem Bemerken, daß am Mittwoch Vormittag halb 9 Uhr die Vernehmung des Oberst Seisser beginnen solle. Am Nachmittag solle dann in der Weitervernehmung Kahrs und Seissers fortgefahren werden.

(*)

Baden.

Vom Wahlalter.

Bekanntlich wird zur Zeit im bad. Landtag die Revision der bad. Verfassung bezw. die Angleichung der bad. Verfassung an die Reichsverfassung vorbereitet. Aus diesem Anlaß hat der Vertreter des Landbundes den Standpunkt vertreten, das Wahlalter für das aktive Wahlrecht solle auf 25 Jahre heraufgesetzt werden, wie das im früheren Reichstagswahlrecht war. Nun ließe sich ja über die Frage, ob das 20. Jahr nicht ein zu früher Termin für das Wahlrecht sei, sehr wohl reden, und auch vom Zentrum wurde der Vorschlag gemacht, das Wahlrecht erst mit der gesetzlichen Volljährigkeit, also mit 21 Jahren, beginnen zu lassen, während Vertreter anderer Parteien meinten, man solle das Wahlalter in der bad. Verfassung nicht anders bestimmen als in der Reichsverfassung, also es beim 20. Lebensjahr belassen. Wie man zu dieser Frage auch stehen mag, jedenfalls geht es nicht an, daß man bei einer Angleichung der bad. Verfassung an die Reichsverfassung das Wahlalter gleich um fünf Jahre für Baden höher ansetzt, als es in der Reichsverfassung geschieht. Das wäre eine sonderbare Angleichung, die bei den jungen Wählern aller Parteien böses Blut machen müßte. Es wäre auch ein Widerspruch eigener Art, wenn man für die wichtigeren Reichstagswahlen mit dem 20. Jahr schon wählen dürfte, für die Landeswahlen aber um fünf Jahre gescheiter sein müßte, abgesehen davon, daß manche Wähler mit 25 Jahren noch so wenig politisch reif sind, wie mit 20. Wenn man die Frage des Wahlalters anschneiden und in wesentlich anderem Sinn lösen will, als es seit der Revolution und unter dem Eindruck der Revolution geschehen ist, dann kann das nur vom Reich aus wirksam geschehen, weil jede Aenderung in den einzelnen Ländern ungleiches Recht schaffen würde, was man vermeiden muß.

Wenn man daher, wie uns in einem Schreiben von Untergrombach mitgeteilt wird, dort den Vorschlag des Landbundvertreters im Verfassungsausschuß des bad. Landtags für der politischen Weisheit letzten Schluß hält und meint, der Landbund werde mit dem Vorschlag seines Vertreters viel Wasser auf seine Mühlen leiten, so beunruhigen wir uns darüber nicht gar sehr. Beschlossen ist übrigens noch gar nichts; es handelt sich nur um eine Aussprache über Meinungen. Jede Aufbauschung dieser Frage kommt daher auf eine wertlose Kritikasterei heraus. An sich kann man den Vorschlag des Landbündlers zweckmäßig finden, nach den Umständen aber wird man so, wie die Dinge liegen, ihn nicht befürworten.

Der Streit um das Generallandesarchiv

in Karlsruhe geht in der Presse weiter und wird auch sonst in sachlich interessierten Kreisen eifrig und kritisch erörtert. Jemand, der mit den Verhältnissen im Generallandesarchiv gut bekannt ist, schreibt uns zum gegenwärtigen Stand der Frage:

Wenn mir jemand vor Jahr und Tag gesagt hätte, daß nach dem Weggange des Direktors des Archivs eine andere Persönlichkeit als einer der Archivräte, die seit vielen Jahren im Archive tätig und mit seiner Organisation aufs engste vertraut sind, als Nachfolger in Frage kommen könnte, so hätte ich ihn für „nicht ganz gescheit" gehalten. Und nun scheint man sich doch mit dem Gedanken zu tragen, die Leitung des Archivs Persönlichkeiten übertragen zu wollen, die entweder von der Geschäftsführung und Verwaltung kaum ein Jota verstehen, oder aber über das Archiv überhaupt sich in einer Weise schon geäußert zu haben, daß man sich in der Tat an den Kopf greifen und sich fragen muß: Ist so etwas möglich?

Die beiden Archivräte des Generallandesarchivs, die bei der Neubesetzung der Direktorstelle meines Erachtens nur in Frage kommen können, stehen in wissenschaftlicher, also fachlicher Hinsicht mindestens auf der gleichen Höhe wie die von den maßgebenden Stellen der Regierung vorgeschlagenen Personen. Dazu kommt, daß sie mit der Einrichtung des Landesarchivs aufs beste vertraut sind und daher gerade in Verwaltungssachen ihren Mann stellen. Wenn man sie daher von gewisser Seite absichtlich übergehen will, muß die Sache irgend einen Haken haben, und da wäre es an der Zeit, wenn einmal vonseiten der Regierung, d. h. der oberen Staatsbehörde, nach dem Rechten gesehen würde.

Die Allgemeinheit kann nicht damit einverstanden sein, daß man eine Stelle von der Bedeutung des Direktors des Generallandesarchivs in Karlsruhe, wo jahraus jahrein hunderte von Gelehrten und Forschern aus der Quelle schöpfen und wo auch oft Männer aus dem Volke für das Volk, für die Geschichte der Heimat nach Stoffen schürfen, daß man eine solche Stelle besetzt, ohne Rücksicht auf sachliche und fachliche Tüchtigkeit und Erprobung zu nehmen. Gerade in dieser Richtung scheinen uns die Männer, die im Archiv in allem Bescheid wissen, die richtigen Leiter der Anstalt zu sein.

Es wäre wirklich außerordentlich zu bedauern, wenn die Regierung die Stelle nach andern, am Ende gar nach politischen Gesichtspunkten — wie das leider mitunter in Fällen, wo es nicht angebracht ist, geschehen ist — besetzen würde.

(*)

Karlsruhe.

Karlsruher Bürgerausschuß.

♁ Der Bürgerausschuß trat gestern um 5 Uhr zusammen, unter dem Vorsitz von Bürgermeister Sauer. Auf der Tagesordnung standen unerledigte Punkte der letzten Bürgerausschußsitzungen: Erwerbung von Grundstücken im Stadtteil Mühlburg; Erwerbung von Grundstücken auf der Gemarkung Knielingen und Karlsruhe; Verkauf einer Teilfläche eines Grundstückes an der Ettlingerstraße an die Unionapparatbaugesellschaft; Vermietung von Industriegelände an der Daxlander- und Oberfeldstraße an Fabrikant Valentin Brönner aus Ansbach; Geländetausch mit der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe A.-G. und Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit der Ortsbaukontrolle und Prüfung der Entwässerungsanlagen. Sämtliche Vorlagen wurden debattelos angenommen, unter Anhörung der Wünsche der Stadtv. Steinwarz und Frommherz von der wirtsch. Vereinigung. Nach kaum viertelstündiger Sitzungsdauer eilten die Stadtverordneten frohgemut in den hellen Märzabend. — Mehr kann man nicht berichten!

Schwerer Unfall. Am Montag nachmittag 4.40 Uhr, sprang ein verheirateter Arbeiter aus Neuthard in der Karl-Wilhelmstr. von der verkehrten Seite auf die vordere Plattform eines Lokalbahnwagens der Linie 7 auf und hielt sich an dem Arbeiter Christian Reeb aus Hagsfeld fest, was zur Folge hatte, daß beide von der Plattform abstürzten. Im gleichen Augenblick kam aus entgegengesetzter Richtung ein Motorwagen vom Friedhof her, welcher die beiden Arbeiter überfuhr. Reeb erlitt einen Schädelbruch und eine Rippenquetschung und ist lebensgefährlich verletzt, während der andere Arbeiter eine Quetschung des linken Fußes davontrug. Die beiden Verunglückten wurden mittelst Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht.

Ein Kaminbrand entstand am Montag nachmittag 5¾ Uhr in einem Hause der Kronenstraße dadurch, daß der im Keller angesammelte Ruß Feuer fing. Die Feuerwache konnte nach ½stündiger Tätigkeit den Brand löschen. Der entstandene Gebäudeschaden beträgt 200 Mk.

Brennholzspende. Prinz Max von Baden hat aus seinen Waldungen bei Maxau 60 Ster Brennholz für die bedürftigen Angehörigen des Mittelstandes der Stadt Karlsruhe dem Herrn Oberbürgermeister in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. Die Verteilung erfolgt durch das Fürsorgeamt.

Badischer Städtetag. Die Verhandlungen bei dem am 15. d. M., vormittags 9 Uhr im großen Sitzungssaal des Landtages stattfindenden gemeinsamen Badischen Städtetag des Badischen Städteverbandes und Badischen Städtebundes sind öffentlich. Die Galerie ist für das Publikum geöffnet. Referenten für den Hauptpunkt der Tagesordnung: „Die kommunale Selbstverwaltung im demokratischen Staat" sind für den Badischen Städteverband Herr Oberbürgermeister Dr. Bender, Freiburg, und für den Badischen Städtebund Herr Oberbürgermeister Dr. Gugelmeier, Lörrach.

Kathol. Männerverein Karlsruhe-Süd.
Heute (Mittwoch) abend
Mitgliederversammlung
im „Tivoli", Ecke Rüppurrer- und Nebeniusstraße, mit Vortrag von Herrn Professor Krause über: „Fragen der Außenpolitik." — Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Handel und Volkswirtschaft.

Berlin, 11. März.

MM = Millionen Mark: TM = Tausend Mark die Einheit.

	10. März		11. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1566100 MM	1573900 MM	1561100 MM	1568100 MM
Buen.-Aires	142'00 „	143'00 „	1485000 „	146500 „
Brüssel	139700 „	140400 „	137700 „	138300 „
Christiania	567600 „	568400 „	56[illegible]000 „	563400 „
Kopenhagen	655400 „	656600 „	648400 „	651600 „
Stockholm	1093300 „	1098500 „	1097200 „	1102400 „
Helsingfors	1057'0 „	108300 „	1057'0 „	108300 „
Italien	177600 „	180400 „	176600 „	175400 „
London	1798500 „	1807500 „	1805500 „	1809500 „
New-York	41900 „	42100 „	41900 „	421'0 „
Paris	157600 „	158400 „	154600 „	155400 „
Schweiz	728200 „	731800 „	724200 „	727800 „
Spanien	517'0 „	518300 „	513700 „	516300 „
Lissabon	139000 „	140400 „	1306'0 „	131400 „
Japan	183600 „	190500 „	18900 „	19500 „
Rio de Jan.	049500 „	050500 „	049500 „	0'05'0 „
Wien	61800 TM	62200 „	63900 TM	64200 TM
Prag	122100 MM	122500 TM	122100 MM	122500 MM
Jugoslavien	5400 „	5520'0 MM	5480 „	5520 „
Budapest	59800 TM	60200 „	50800 TM	59200 TM
Sofia	3090'0 „	3110'0 TM	2990'0 „	30100 „

Börsenbericht.

Berlin, 11. März. Heute bewahrte die Börse auf allen Märkten äusserste Zurückhaltung. Die Umsätze sind so gering, wie seit Jahrzehnten nicht. Die Kurse bröckelten weiter ab. Zum Teil erfolgten die Rückgänge in scharfem Tempo. Die Berufsspekulation nimmt allerdings auch grosse Leerverkäufe vor, sodass die Aussicht auf eine Erholung im Falle der Deckung für diese Baissespekulation nicht ganz ungünstig ist. Deprimierend ist eine ganze Reihe wirtschaftlicher Faktoren, so vor allem die Stabilität der deutschen Handelsbilanz im Januar und die Gerüchte, die über die voraussichtlichen Mitteilungen der Verwaltung der Berliner Handelsgesellschaft zur Bilanz in Umlauf sind. Angeblich beabsichtigt Herr Fürstenberg, in der heute stattfindenden Bilanzsitzung im Aufsichtsrat seines Unternehmens eine ziemlich pessimistische Darstellung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und der Lage des Bankgewerbes im besonderen zu geben. Während man im Hinblick darauf, dass die Berliner Handelsgesellschaft die einzige Grossbank ist, die noch mit Goldkapital arbeitet, eine Zusammenlegung des Kapitals auf die Hälfte, höchstens auf ein Drittel erwartet hatte, soll die Absicht bestehen, vorläufig diese Frage überhaupt nicht zu klären und an einem anderen Zeitpunkt eine stärkere Zusammenlegung vorzunehmen. Man rechnet mit einer Dividende von 10 Goldmark auf jede Aktie. Einen starken Druck auf das Kursniveau übte auch die weiter anhaltende Geldknappheit aus. Die Seehandlung hofft allerdings, in der zweiten Monatshälfte die jetzt gekündigten Beträge den Kreditnehmern wieder zur Verfügung stellen zu können. Am Devisenmarkt konzentriert sich das Interesse auf die Bewegung des französischen Franken. Die Intervention der Bank von Frankreich wird immer deutlicher sichtbar. Es scheint sich ein schwerer Kampf zwischen diesem Institut und der internationalen Spekulation vorzubereiten, dessen Ausgang noch sehr zweifelhaft ist. Besonders wird in Franken à la Baisse spekuliert von Amsterdam und Wien aus. In Berliner Bankkreisen ist man der Meinung, dass es gut sei, von dieser Spekulation die Finger zu lassen. Die Nachfrage nach Devisen ist unverändert stark, sodass eine Erhöhung der Zuteilungen auch heute noch nicht erfolgen konnte. Die Abschwächungen der Kurse treten am Montanmarkt nicht so stark in die Erscheinung, da hier gestern schon erhebliche Rückgänge zu verzeichnen waren.

Frankfurter Börse.

Frankfurt, 11. März. Durch die Nachwirkungen des im gestrigen späteren Börsenverlauf für Berliner Rechnung in starkem Umfang an den hiesigen Markt gelegten Verkaufsmaterials, das einen starken Kursdruck ausübte, eröffnete auch die heutige Börse in durchaus schwacher Haltung. Der Rückschlag wurde begünstigt dadurch, dass auch das Privatpublikum, aufgeschreckt durch diese Vorgänge, erneut Aktienmaterial zum Angebot stellte. Dazu kommt noch der empfindliche Mangel an Kapital, unter dem unsere Wirtschaft leidet, sodass immer wieder ansehnliche Wertpapierpakete aus Industrie und Handel zum Verkauf kommen, die bei der fehlenden Unternehmungslust das Kursniveau immer mehr drücken. Immerhin ist bemerkenswert, dass die Kurseinbussen nicht sehr stark zum Ausdruck kamen und auch die berufsmässige Spekulation Abneigung bemerken liess. Das Geschäft war etwas lebhafter und ziemlich erregt, konnte sich aber im Verlaufe beruhigen. Bemerkenswert ist, dass die führenden Werte scharfe Einbussen zu verzeichnen hatten, während kleinere Werte weniger zu leiden hatten. Dringendes Angebot war nicht festzustellen und die Rückgänge bewegten sich im Rahmen von 1 bis 2 Billionen Prozent. Am Valutenmarkt hörte man, dass der Franken sich zu behaupten beginnt, wahrscheinlich infolge der grossen Interventionstätigkeit der Bank in Frankreich. Der Franken stellte sich heute früh gegenüber dem Pfund auf 115¾ bis 116¼, die Dollarparität ist ebenfalls mit 27.20 Franken stabil. Das englische Pfund dagegen unterliegt noch einem leichten Druck, während die Mark aus Newyork unverändert gemeldet wird. Am Geldmarkt zeigte sich heute wieder stärkere Nachfrage. Besonders gesucht sind Rentenmarkkredite. Monatsgeld in Papiermark stellt sich auf 4½ bis 4½ Prozent, 14 Tage lang auf 1¾ bis 2, Rentenmark pro Monat auf 2⅝ bis 2⅞. Die einzelnen Märkte boten folgendes Bild:

Der Montanmarkt war durchweg schwächer. Es büssten ein: Buderus — 2, Dt. Lux. — 2, Phönix — 2, Rhein-Braunkohle — 2¾. Am Kalimarkt schwächten sich Westeregeln um 3,5, Aschersleben um 2,5 ab. Auch Oberschlesische Werte waren erheblich gedrückt, besonders Oberbedarf, die einen Verlust von 6 Billionen Prozent zu verzeichnen hatten, Caro — 2,5. Am chemischen Markt waren die Rückgänge gleichfalls bei starkem Angebot recht fühlbar. Bad. Anilin — 1, Holzverkohlung — 0,5, Rhenania — 1,4, Rütgerswerke — 2,5, Anglo Guano — 0,5. Am Elektromarkt, der sich der Abwärtsbewegung anschloss, waren Lahmeyer stark verringert, — 2,75, AEG. 0,825, Bergmann 0,75, Licht u. Kraft — 0,6, Rheiniger — 0,1, Ele. Lieferungen notierten nach längerer Pause mit 7,10. Auch der Bankaktienmarkt eröffnete mit durchaus schwächerer Haltung. Es gaben nach Barmer Bankv. — ⅝, Bayrische Hypotheken — 0,25, Gummersbach — 0,4 (6), Dresdener 1,25, Darmstädter — 0,650, Bt. Bank — 0,9, Diskonto — 1,75, Metallbank — 0,25, Mitteldt. Kredit — 0,4, Westbank — 0,150. Stark gedrückt waren Schiffahrtsaktien. Hapag — 2,5, Schantung leicht gebessert. Maschinen und Elektroaktien waren gedrückt. Kleyer — 0,25, Daimler — 0,6, Neckarsulm — 0,1, Karlsruher Maschinen — 0,6, Esslinger Maschinen — 0,75, Krauss — 1, Moenus — 0,3, Zellstoffaktien waren niedriger. Waldhof — 1. Zuckeraktien ebenfalls nachgebend. Badischer Zucker — 0,75, Frankental — 0,9, Heilbronn — 0,1, Offstein — 0,75, Stuttgarter — 0,5. Die Werte des Kassaindustriemarkt hatten Rückgänge zu verzeichnen. Niedriger waren Ludwig Ganz 0,35, Herz-Schuh 0,5, Zementwerte litten ebenfalls unter scharfem Angebot. Dyckerhoff — 0,5, schwächer waren ferner Dt. Eisenhandel um 1,35, Inga 0,25, Sichel 0,5, Stoeckicht Gummi 0,10, unverändert blieben Dr. Paul Mayer mit 7 und Mainkraft mit 4,3. Am Rentenmarkt waren Dt. Anleihen unverändert schwach. 4 Prozent Reichsanleihe verloren 50 Milliarden, 4 Prozent Kriegsanleihe gaben 7½ Milliarden nach. Von preussischen Konsols schwächten sich 3½prozentige um 75, und 2½prozentige um 50 ab. Einem scharfen Angebot unterlagen 4 Prozent Bayern, die von 820 auf 650 Milliarden zurückgingen. Von der allgemeinen Schwäche waren auswärtige Renten weniger beeinflusst. Bagdad 8,37, Zolltürken 8,25, Alte Lombarden 7,75. Freiverkehr gedrückt und lustlos geringe Umsätze.

* * *

Auf dem Karlsruher Viehmarkt wurden (für 50 Kilo Lebendgewicht) bezahlt für Ochsen höchsten Schlachtwertes 48—50, für geringere Qualität 42—48 Mk., für Bullen 36—41 Mk., für Kühe 42—50 Mk., für Kälber 54—58 Mk. Für Schweine von 100—150 Kilo Lebendgewicht wurden 73—76 Mk., für geringere 70—73 Mk. bezahlt.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 8. März. Franziska Lepp, alt 41 Jahre, Ehefrau von Friedrich Lepp, Bäckermeister; Mathilde Kirchmann, ledig, ohne Beruf, alt 82 Jahre. — 9. März: Hans Friedrich, Fabrikdirektor, Witwer, alt 66 Jahre; Franzisko, alt 8 Tage, Vater Juan Sanz-Hernandez, Kellner; Jakob Stämmle, Bürstenmacher, ledig, alt 55 Jahre; Aug. Käse, Betriebsleiter, Ehemann, alt 57 Jahre; David Pferrer, Maurer, Ehemann, alt 78 Jahre. — 10. März: Wilhelm, alt 1 Monat 24 Tage, Vater Wilhelm Stumpf, Schuhmacher.

Wybert gegen Husten

Todes-Anzeige.

Heute abend 7 Uhr verschied gottergeben unsere liebe, gute Mutter

Kreszentia Kast

geb. Siebert

Wir empfehlen ihre Seele dem frommen Gebete der Gläubigen; ihren Leib wollen wir am Freitag, den 14. März, 9 Uhr, in der Heimat Ebersweier neben unserem Vater beerdigen.

Ettlingen, den 11. März 1924.

Namens der Kinder:

Augustin Kast, Pfarrer.

Dies statt besonderer Anzeige.

Chronik.

Baden.

Durlach, 11. März.
(In den Tod!) Der Landwirt Weber von Wöschbach war im hiesigen Krankenhaus an einer Blinddarmentzündung operiert worden. Zwei Tage darauf entwich er aus dem Krankenhaus und erhängte sich.

Mannheim, 10. März.
(Sturz.) In Sandhofen stürzte der 64jährige verheiratete Bäckermeister Jakob Wittner vom Heuboden in eine Tiefe von 12 Meter und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.
(Verordnung der Besatzungsbehörde.) Die französische Besatzungsbehörde in Ludwigshafen hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach jede Ansammlung von mehr als fünf Personen verboten ist.

Schwetzingen, 10. März.
(Ertrunken.) Die 17jährige Frieda Pfister aus Plankstadt brach, als sie über die Eisdecke des Schloßgartenweihers ging, ein und ertrank.

Buchen, 11. März.
(Brand.) In Altheim ist das Haus der Witwe Geier durch Feuer zerstört worden. Die in dem Haus lagernden Warenvorräte konnten nur zum Teil gerettet werden. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

Achern, 11. März.
(Ein stürzender Fahrstuhl.) Bei der Benützung eines neu eingerichteten Fahrstuhls entstand ein Defekt und das Ehepaar Karcher in Oberachern stürzte vom 3. Stockwerk in die Tiefe und erlitt schwere Verletzungen.

Freiburg, 11. März.
(Lebensmittelhilfe an Minderbemittelte.) Der Stadt Freiburg soll eine gewisse Menge von Lebensmitteln als unentgeltliche Spende der vom Arbeitgeberverband für die Stadt beschafften Lebensmittelreserven verabreicht werden. Die Auswahl der zu Bedenkenden, deren Höchstzahl auf insgesamt 15 000 festgesetzt wird, hat durch das Fürsorgeamt zu geschehen.

Engen, 11. März.
(Brand.) Gestern früh 6 Uhr brach im Haus des Viehhändlers Braun Feuer aus. Das Innere des Hauses brannte vollständig aus. Die angrenzenden Häuser haben unter der Einwirkung des Wassers sehr gelitten und standen unter großer Feuersgefahr. Die Bewohner des abgebrannten Hauses konnten nur das nackte Leben retten.

Säckingen, 10. März.
(Schwerer Motorradunfall.) Ein schwerer Motorradunfall hat sich in Grenzach ereignet. Drei junge Burschen fuhren in derart rasendem Tempo durch das Dorf gegen die Schweizer Grenze, daß sich das Motorrad mit dem Seitenanhänger an einer kleinen Straßenbiegung überschlug. Der Führer des Motorrads namens Baumgartner von Grenzach erlitt eine schwere Verletzung der Wirbelsäule und wird, falls er überhaupt mit dem Leben davonkommt, zeitlebens ein Krüppel bleiben. Die beiden anderen erlitten leichtere Verletzungen. — (Fridolinsfest.) Begünstigt vom herrlichsten Wetter wurde am Sonntag hier das Fridolinsfest gefeiert. Bereits am Freitag abend war der Bischof Keppler von Rottenburg hier eingetroffen, dem dann später der Staatspräsident Dr. Köhler nachfolgte. Auch aus der nahen Schweiz, dem Hotzenwald sowie dem Rhein und Wiesental waren zahlreiche Besucher zu dem Feste herbeigeströmt. Am Sonntag früh wurden unter der Aussetzung des Schreins des heiligen Fridolins heilige Messen gelesen. Der Hauptgottesdienst mit dem Pontifikalamt des Bischofs von Rottenburg gestaltete sich sehr eindrucksvoll und feierlich. Am Abend fand im katholischen Vereinshaus eine weltliche Feier statt, die einen sehr schönen Verlauf nahm.

Konstanz, 11. März.
(Eine Bubentat.) Am Sonntag Nacht wurden die berühmten prachtvollen Freskogemälde im Kreuzgang des Inselhotels von Bubenhand beschädigt. Besonders das bekannte Kaiserbild wurde schwer beschädigt. Die Zerstörer haben die Arbeit offenbar mit einem sehr scharfen Instrument ausgeführt. Nach einem Sachverständigenurteil lassen sich aber die Schäden wieder ausbessern. Die Täter sind noch nicht entdeckt.

Wetterbericht

Voraussichtliche Witterung: Zeitweise wolkig, stärkerer Nachtfrost, auch am Tage etwas kälter, Nordostwind.

Wasserstände des Rheins: Schusterinsel 37, gef. 18; Kehl 173, gef. 2; Maxau 337, gef. 11; Mannheim 243, gef. 15 Zentimeter.

Nutzholzversteigerung des Forstamts Karlsruhe

Dienstag, den 18. März 1924, früh 9 Uhr, im „Goldenen Adler" (Karl-Friedrichstr.) in Karlsruhe:
1. aus Staatswaldungen: Distrikt „Kastelwörth" (Oberforstwart Lehn, Forchheim): 140 fm Laubstammholz (Eschen, Ahorn, Eichen, Ulmen, etwas Pappeln und Weiden); Distrikt „Forstlach" (Forstwart Reichert, Daxlanden): 50 fm Laubstammholz (Eichen, Erlen, Buchen, Eschen), 30 Ster Nutzschichtholz (Erlen, Eschen).
2. aus Stadtwald Karlsruhe: Distrikt „Großgrund" bei Daxlanden (Forstwart Rastetter, Daxlanden) 300 fm Laubstammholz (Eichen, Ulmen, Eichen, Pappeln), 160 Ster Nutzschichtholz (Eschen, Ulmen, Eichen, Akazien, Pappeln).
Näheres, auch Losauszüge durch das Forstamt.

Danksagung.
Für die lieben Beweise herzlicher Teilnahme an dem Heimgange unserer lieben Tochter und Schwester
Hildegard
sowie für die schönen Blumenspenden, sagen wir allen ein herzliches „Vergelt's Gott".
Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie Oskar Baumann
Eisenbahnoberingenieur.

Grosse Auswahl — Schlafzimmer — Wohnzimmer — Herrenzimmer — Vollständ. Küchen
Möbelhaus **Maier Weinheimer** Karlsruhe
Kronenstrasse 32
Zahlungserleichterung
Bitte genau auf Strasse und Hausnummer zu achten

Städtische Sparkasse Durlach
Wir vergüten auf
Rentenmark-Spareinlagen
bei monatlicher Kündigung
12% pro Jahr
und tragen das Risiko einer evtl. Entwertung auf der Grundlage des Berliner Dollarmittelkurses.
Kassenstunden: Vorm. 8—12½ Uhr, nachm. 2—5 Uhr, Samstags 8—1 Uhr.
Städtische Sparkassenverwaltung.

Mittwoch, 12. März, 8 Uhr, Palais Prinz Max
H. Post, Violine Dr. Bellardi, Klavier
Sonatenabend
Beethoven — Schumann — Brahms
Karten M. 3 — und 2.—.
Odeon Musikhaus

Verkehrsverein Karlsruhe.
Sonntag, den 16. März 1924, nachm. ½4 Uhr im städtischen Konzerthaus
Lichtbilder-Vortrag:
Die Radiotechnik im Dienste des Verkehrs
(Nachrichtenübermittlung, Musik und Sprachübertragung)
Redner: Herr Dipl. Ing. Theod. Schmutte an der techn. Hochschule hier.
Musikalische Vorträge
Streichorchester der Vereinigung bad. Polizeimusiker. Leitung: Herr Musikmeister Heisig.
Pfälzer Mundartdichtungen
Herr Hofschauspieler a. D. A. Heinrich aus Bellheim (Pfalz).
Heiterer Film: „Der Hotelboy"
Bad. Lichtspiele für Schule u. Volksbildung.
Eintritt 3, 2, 1 Mk. Karten bei Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstrasse 124a, und Stadtgartenkassier Bronner (Stadtgarten-Eingang)

Geld auf Hypotheken und Darlehen gesucht.
Aktien, Effekten Wertpapiere günstig zu verkaufen.
Häuser, Bauplätze in Kauf und Verkauf durch
August Schmitt
Bank-Kommissionsgesch.
Karlsruhe, Hirschstr. 43
Telefon 2117.

Am 17 März und 23. April 1924 beginnen
neue Tageskurse
in allen kaufm. Fächern.
Am 17. März, abends 7 Uhr, beginnen
Abendkurse
in Buchführung, Korrespondenz, Maschinenschreiben und Stenographie
Privathandelsschule „Merkur"
Karlstrasse 13.

Praktische Hauskleider Mk. 10.–
Weisse Damenhemden Mk. 2.– an.
Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 36, 1 Treppe.

Jugendherbergsabend des Lehrer-Turnvereins.

Zu dem am Donnerstag, den 13. März, abends 8 Uhr, im Chemiesaal der Technischen Hochschule stattfindenden öffentlichen Lichtbilder-Vortrag: „Von Jugendherberge zu Jugendherberge durchs Badnerland" des Geschäftsführers der Bad. Jugendherbergen, Hauptlehrer Härdle, verbunden mit Liedervorträgen Karlsruher Jugendgruppen ladet die Karlsruher Lehrerschaft, alle Vereine und Freunde der Jugend hiermit ein.
Karten zu 20 Pfg. im Vorverkauf in der Linkschen Buchhandlung, zu 30 Pf. an der Abendkasse.
J. A.: Der Vorstand des Lehrer-Turnvereins.

2 Betten, 2 Tische 1 Schrank, 1 Küchenschrank, 1 Kommode u. versch. zu verkaufen.
Rudolfstr. 11, IV. I.

Ankauf
Gold-, Silber-, Platingegenstände
Brennstifte.
Gold- und Silber-Münzen
Gebisse
mit echten Stiften zu Tagespreisen.
Rieu. Ziegler
Akademiestrasse 26.

Lagerräume
trocken für sofort zu mieten gesucht.
Anerbieten unt. Nr 535 an die Geschäftsst. d. Bl

Heirat!
Staatsbeamter, anf. 30, Geh.-Gr. VIII, kath., sucht, gesunde, nette Lebensgefährtin i. Alter von 24—29 J. mit gut. Vergangenheit u. Aussteuer. Zuschriften mit Bild erbeten unt. Nr. 557 an die Geschäftsst. d. Bl

Kommunionkleid
sehr schön, billig zu verkaufen.
Werderstraße 26, III.

Katholischer Pressverein Karlsruhe.

Einladung zur
Haupt-Versammlung
am Mittwoch, den 19. März 1924, abends halb 9 Uhr, im Hotel „Hohenzollern" (Nebenzimmer). Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Entlastung des Gesamtvorstandes.
3. Neuwahl.
4. Anträge und Wünsche.

Wir bitten unsere Mitglieder um zahlreiches Erscheinen. — Etwaige Anträge wollen bis 16. März beim 1. Vorsitzenden schriftlich eingereicht werden. Der engere Vorstand.

Badenia · A.-G. für Verlag und Druckerei · Karlsruhe i. B.

Großer Beliebtheit erfreuen sich die Badenia-Bücher, die wir hiermit in empfehlende Erinnerung bringen.

Bücher über Politik und Kultur

Baumgartner Dr. E.
Das Reich und die Länder
Denkschrift über den Ausgleich der Zuständigkeiten zwischen dem Reich und seinen Ländern in Gesetzgebung und Verwaltung kart. 1.50

Sangnier M.
Worte des Friedens
Drei bedeutsame Reden des mutigen französischen Friedensfreundes kart. —.75

Föhr E.
Im Kampfe um die christliche Schule
Die Schrift kennzeichnet den Schulkampf seit der Staatsumwälzung, das kath. Schulideal kart. —.20

Schubert
Die Frage der geschlechtl. Aufklärung d. Minderjährigen
Das Büchlein behandelt die wichtigen Punkte dieser vielbesprochenen Frage kurz und mit abwägender Ruhe kart. —.25

Lebensbilder

Dor F.
Edle Frauen unserer Heimat
Echt karitative Frauengestalten sind es, die hier vor unseren Augen auftauchen geh. 1.50, geb. 2.20

Edle Männer unserer Heimat
Das Buch enthält eine Reihe Lebensbeschreibungen verdienter Katholiken geh. 2.25, geb. 3.—

Halusa T.
Dante Alighieri und sein Lied
Das Werkchen bietet eine knappe, leichtfaßlich geschriebene Einführung in die Komödie kart. —.40

Schofer Dr. J.
Erinnerungen an Th. Wacker
Ein getreues Lebensbild des vorbildlichen, hervorragenden badischen Zentrumsführers kart. 1.—

Humoristische Dialekte

Dintenmüller E.
Briefe aus der Residenz
Freunde gesunden Humors werden gerne zu dem Büchlein greifen kart. je —.50

Vier neue Volksromane

Miller E.
Im Hause des Glockengießers
Preisgekrönter Roman, geh. 1.50, geb. 2.20
Die Tragik einer Mischehe wird geschildert in ungewöhnlich guter Sprache und Komposition.

Scheiver H. v.
Die Mondscheingräfin
Historischer Roman, geh. 1.80, geb. 2.50
Die Handlung hat eine gewisse Aehnlichkeit mit dem unsterblichen Kohlhaas Kleists.

Schroth-Fiechtl
Die Bäuerin auf der Vogeltenn
geh. 1.50, geb. 2.—
Der Verfasser bietet in anschaulicher Erzählung ein Stück echter und bester Heimatkunst.

Wüller P.
Der Letzte vom Lahneck
Roman aus Rheinlands bitterer Not z. Zt. des Schwedeneinfalles, brosch. 1.50, geb. 2.50

Gebet- und Erbauungsbücher

Bürkle E.
Samenkörner der Ewigkeit
(aus: Geistl. Vergißmeinnicht für christl. Seelen) geb. Rotsch. 1.25

Die heilige Woche
Gebete und Gesänge für die Karwoche kart. —.25

Fischer K.
Aufwärts zum Himmel
Sonntagslesungen, geh. 1.—, geb. 1.50

Beichtbüchlein für Oesterbeichtende
geh. —.10

Fischer K.
Der Beichtvater an Festtagen
Zusprüche, kart. —.20

Briefe an die lieben Erstkommunikanten
Vorbereitungsbüchlein, kart. —.20

Eine Weile vor dem Tabernakel
Besuchungsbüchlein, kart. —.15

Erklärung der hl. Messe für Erwachsene und Kinder
kart. —.10

Kommunionbüchlein für Oester-Kommunzierende
kart. —.10

Mein Herz dem Himmelskönig
Lesungen für Vorabende der hl. Kommunion geh. 1.—, geb. 1.50

Mit Maria zur hl. Kommunion
Erwägungen, kart. —.15

Der glorreiche Rosenkranz
als Vorbereitung für die hl. Kommunion kart. —.10
Fischers Schriften verdanken ihre starke Verbreitung der populären Darstellungsweise

Halusa T.
Herrlichkeiten des kostbaren Blutes
Ein herrliches Betrachtungsbuch
geb. Lein. Rotsch. 1.50, geb. Lein. Goldsch. 1.80

Mayer J.
Himmelsschlüssel
Ein praktisches Ablaßbüchlein aus authent. Quellen zusammengestellt geb. 1.—

Saile A.
Höhenpfade zur Gottesnähe
Es ist ein praktischer Leitfaden für die Pflege gesunder Frömmigkeit kart. 1.50, geb. 2.—

Die Bücher können direkt vom Verlag oder von jeder anderen Buchhandlung zu den angegebenen Goldmarkpreisen bezogen werden.

BREMEN

AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
BREMEN
und seine Vertretungen
in Karlsruhe: Norddeutscher Lloyd Agentur Karlfriedrichstrasse 22;
in Baden-Baden: Lloydreisebüro W. Langguth, Lichenthalerstrasse 10

Für kleine Anzeigen
wie Familien-Anzeigen, Stellen-, Zimmer-, Tausch- und Kostgesuchen und -Angeboten, Kauf-, Verkaufs- Verlust- u. Fundanzeigen u. s. w. gewährt der „Badische Beobachter" bei sofortiger Bezahlung
50% Rabatt

Kammerspiele im Künstlerhaus.
Mittwoch, den 12. März. 7½—10 Uhr.
Saal 4.50, 3.50, 2.50, 2.00. — Zum erstenmal.
Der Wettlauf mit dem Schatten
Schauspiel in 3 Akten von Wilhelm von Scholz

Die katholischen Feldgeistlichen und die Kulturkampfhetze.

II.

Bisweilen konnte es auch vorgekommen sein, daß ein deutscher Geistlicher bei einer militärischen Instanz zu Gunsten seines französischen Mitbruders vorsprach und für ihn ein gutes Wort einlegte. Das werden alle jene begreiflich finden, die mit eigenen Augen sahen, wie man drüben in Belgien und Frankreich die Geistlichen behandelte. Das gäbe allerdings ein Kapitel für sich. Nur soviel sei bemerkt: Der preußische Militarismus spielte sich von jeher gerne auf als Hüter der Autorität. Als solcher hätte er aber unbedingt in den unterworfenen und besetzten Gebieten die Träger der geistlichen und kirchlichen Autorität etwas besser respektieren müssen, nicht nur mit Rücksicht auf die dortigen Einwohner, sondern auch im Hinblick auf die vielen katholischen Soldaten, die nun einmal in jedem Priester, auch im belgischen und französischen, den Diener ihrer Kirche und Repräsentanten ihrer eigenen religiösen Ueberzeugung erkennen. Rücksicht hätte man nehmen müssen auf katholische Heeresangehörige, die in der unwürdigen Behandlung des Priesters eine Geringschätzung ihrer Kirche und eine Verletzung ihrer religiösen Gefühle erblicken. Wie hat nun der preußische Militarismus die Zivilgeistlichen behandelt? In einer Reihe von Fällen geradezu gottlos und rücksichtslos. Eine Anzahl wurde in den ersten Kriegsmonaten erschossen — in der Diözese Namur allein 17 — in der Regel ohne jegliches vorhergehendes Verhör, ohne daß nur ein einziger triftiger Grund dafür vorlag! Ich will keine wirklichen Fehler entschuldigen, die nach dem Kriegsrecht strafbar waren. Aber wie oft — wer könnte das bestreiten — wurden Geistliche zum Tode, zu schweren Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verurteilt, nur weil sie eben auch ihr Vaterland liebten, weil sie den Einfall in Belgien als Vertragsbruch brandmarkten, was er doch in Wirklichkeit auch war. Verurteilt wurden sie wegen Fehlern, die unsere deutsch-völkischen Ueberpatrioten als Helden- und als Ruhmestaten preisen und verherrlichen würden, wenn dieselben von deutschen Geistlichen im Falle einer französischen Besetzung begangen worden wären! Doch schweigen wir darüber. Erwähnen wir nur die vielen kleinlichen Schikanen, die jene Geistlichen 4 Jahre lang sich gefallen lassen mußten, ohne dazu auch nur eine böse Miene machen zu dürfen. Rückte ein Truppenteil in ein französisches Dorf ein, so beschlagnahmte der betreffende Stab gewöhnlich sofort das Pfarrhaus; das größte und schönste Zimmer wurde zum Kasino eingerichtet, die Küche vom Stabskoch belegt, die übrigen Zimmer dienten von nun an als Quartiere für die Herren Offiziere und ihre Burschen. Wo der Geistliche sich in Zukunft aufhalten, studieren, lesen, schreiben usw. sollte, das war ja Nebensache. Dutzende traf ich an, die sich in der Küche aufhalten und an einem Tische neben dem Herde ihre schriftlichen Arbeiten erledigen mußten. In einem Dorfe ließ sich eine Fliegerstation im Pfarrhause nieder; der Geistliche konnte zusehen, wie er in einem Privathause noch ein Zimmerchen für sich und zugleich einen Aufbewahrungsraum für das Allerheiligste bekam. Und kam der Pfarrer später in sein Haus zurück, so fand er es aller besseren Möbelstücke beraubt, oder in einem Zustande, der ein grelles Licht wirft auf jene, die darin gewohnt hatten. — — Wegen lächerlichen Kleinigkeiten wurden die Geistlichen mit Gefängnisstrafen belegt oder vor das Kriegsgericht gestellt, z. B. einer, weil er auf dem Wege vom Pfarrhause in die gegenüberliegende Kirche seinen Personalausweis nicht bei sich hatte. Einen besseren Fang hätte ja der auf der Lauer liegende Feldgendarm nicht machen können! Wieder einer kam vor das Kriegsgericht, weil man in seiner Sakristei den Degen des Kirchenschweizers vorfand. Dieser Degen konnte doch nichts anderes sein als ein Mordinstrument gegen deutsche Soldaten! Ich frage abermals die ganze kultivierte Menschheit: Darf man es einem deutschen Geistlichen verübeln, wenn er in solchen oder ähnlichen Fällen bei einer Militärbehörde vorsprach, um die geradezu unerträgliche Lage eines Pfarrers ein wenig zu erleichtern, oder ihm bei wirklicher Unschuld Straffreiheit zu verschaffen? Wer hätte es denn sonst tun sollen? War nicht der deutsche Geistliche der Berufenste dazu?... Man traf in Frankreich Pfarreien an, in denen noch hunderte Zivilisten wohnten. Zwanzig Minuten oder eine halbe Stunde davon saß ein französischer Geistlicher, der gern die verwaiste Nachbarpfarrei mitversehen hätte. Doch der Ortskommandant erlaubte es nicht! Der Geistliche hätte ja die Erlaubnis zum Spionieren mißbrauchen können. Ach, wie entsetzlich groß doch unsere Furcht vor Spionen im Priesterrock! Daß es aber Spione gab, die ständig zwischen dem deutschen und französischen Hauptquartier unterwegs waren, davon hat das deutsche Volk nie etwas gehört und würde es auch garnicht glauben. Wer die Verhältnisse kennt, der wird begreifen, daß der deutsche Geistliche es für seine Gewissenspflicht hielt, hin und wieder einmal nach dem Rechten zu sehen. War deshalb sein Verhalten „würdelos, an Hochverrat grenzend". Hätten evangelische Feldgeistliche sich nicht genau so verhalten, wenn es sich um protestantische Zivilgeistliche gehandelt hätteä?

Ich schließe damit diese Bemerkungen, deren jede ich mit an Ort und Stelle gemachten Aufzeichnungen belegen könnte. Jeder ehemalige Feldgeistliche könnte sie mit seinen eigenen gemachten Erfahrungen und Erlebnissen bereichern. Viel Kritik wurde schon an den Feldgeistlichen geübt. Allen Kritikern, auch dem Redner des Evangelischen Bundes, sei's zum Ruhme und zur Ehrenrettung der katholischen Feldgeistlichkeit gesagt: Es gab katholische Feldgeistliche, denen ältere französische und belgische Pfarrer zum Abschied die Hände drückten und — in das Deutsche übersetzt — die Worte sprachen: „Ich danke Ihnen für das gute Beispiel, das Sie mir und meiner Gemeinde gegeben haben!" Hätten alle deutschen Offiziere und Soldaten sich im Feindeslande so benommen, wie katholische Feldgeistliche, dann stünde es um das Ansehen des deutschen Namens in der kultivierten Welt wahrhaftig besser! Jedenfalls sollten alle Patrioten — auch der Evangelische Bund — sich freuen, daß unsere ehemaligen Feinde im Westen drüben wenigstens vor einem Deutschen Achtung hatten und heute noch haben, nachdem sie die Achtung vor andern Heeresangehörigen schon längst verloren hatten, nämlich vor dem

ehemaligen katholischen Feldgeistlichen!

W. Freischlag.

—(*)—

Das französische Gelbbuch.

Der Sicherheitspakt.

Paris, 8. März. Der zweite Teil des Gelbbuches beschäftigt sich ausschließlich mit der Frage des Abschlusses eines Sicherheitspaktes. Sie wurde eingeleitet durch Briand, der am 24. Dezember 1919 den französischen Botschaftern den Auftrag erteilte, Lord Curzon eine allgemeine Unterhaltung über alle Fragen vorzuschlagen, die Frankreich und Großbritannien beschäftigen. Dieser Meinungsaustausch endete mit dem bekannten Vorschlag Lloyd Georges in Cannes, über den alles Wichtige bereits veröffentlicht wurde.

Das erste Dokument, in dem nach dem Regierungswechsel Poincare die Frage wieder aufnahm, sind die Instruktionen an den französischen Botschafter in London vom 23. Januar 1922. Poincare fordert den französischen Botschafter auf, die Verhandlungen mit der englischen Regierung über den Abschluß des Sicherheitsabkommens wieder aufzunehmen. Am 29. Januar geht an den französischen Botschafter zur Weitergabe an die englische Regierung über den Abschluß des Sicherheitsabkommens wieder aufzunehmen. Am 29. Januar geht an den französischen Botschafter zur Weitergabe an die englische Regierung ein detailliertes Memorandum, in dem Poincare die Kritik Lord Curzons an den französischen Vorschlägen zu widerlegen sucht. Der französische Ministerpräsident verlangt vor allem, daß die Dauer des Sicherheitspaktes, anstatt, wie die englische Regierung vorgeschlagen hatte, auf 10 Jahre begrenzt werde, auf 30 Jahre, mindestens aber auf 20 Jahre ausgedehnt werde. Nach seiner Auffassung dürfte das Abkommen sich nicht lediglich auf einen unmittelbaren Angriff Deutschlands erstrecken, es müßte vielmehr das allgemeine Einvernehmen der beiden Länder im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens bekunden. Darin liege auch das beste Mittel, die Mitwirkung anderer Länder zu erleichtern. Die weiteren Dokumente weisen übereinstimmend die Tendenz auf, die englische Regierung in das Licht derjenigen Partei zu stellen, der am wenigsten an dem Zustandekommen des Sicherheitspaktes gelegen ist.

Die Dokumentensammlung langt dann bei der Konferenz von Genua an. Von dem bekannten Telegrammverkehr zwischen Ministerpräsident Poincare und dem ersten französischen Delegierten in Genua, Barthou, enthält die Veröffentlichung nichts. Der auf die Konferenz bezügliche Teil des Gelbbuches beginnt mit neuen Instruktionen an den französischen Botschafter in London, in denen sich die französische Regierung bereit erklärt, auf die früher von ihr verlangte Verständigung zwischen den beiden Generalstäben zu verzichten und eine Erweiterung des Paktes entweder durch die Einbeziehung Belgiens oder den Zutritt Italiens und der mitteleuropäischen Verbündeten Frankreichs in Aussicht nimmt, den Anschluß Deutschlands und Rußlands jedoch ablehnt. Von besonderem Interesse ist in einer Instruktion Poincares, die am 2. Mai 1922 dem französischen Botschafter in London übermittelt wurde, die folgende, auf den Rapallovertrag Bezug nehmende Stelle. Poincare schreibt:

Der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages stellt in augenfälliger Weise eine Bedrohung für den Frieden dar. Dieser Vertrag ist nur das Symptom der natürlichen Tendenz der Deutschen und Russen, sich in gemeinschaftlicher, feindseliger Absicht gegen die Signatarmächte des Versailler Vertrages, insbesondere Frankreich und England, einander zu nähern. Lloyd George übersieht diese Gefahr nicht, aber er stellt sich vor, daß es, um ihr vorzubeugen, genügen würde, die Deutschen und Russen an einem allgemeinen Friedenspakt zu beteiligen. Man braucht nur die Kommentare zu lesen, zu denen der neue Vertrag von Rapallo eben erst in der Deutschen Presse Anlaß gegeben hat, um zu begreifen, wie illusorisch die Hoffnung des englischen Premierministers in dieser Beziehung ist. Es ist klar, daß ganz Deutschland weit weniger Wert auf die Bestimmungen als auf die allgemeine Bedeutung des Vertrages legt, und daß es in ihm den ersten Schritt zu einer weitgehenden Annäherung zwischen ihm und Rußland erblickt, die ihm die Möglichkeit geben soll, die Westmächte matt zu setzen und seine Revanche vorzubereiten. Es ist zwar nicht ganz sicher, daß der Vertrag von Rapallo Geheimanhänge mit militärischen Bestimmungen enthält, aber eine russisch-deutsche Militärentente ist nichtsdestoweniger keine illusorische Gefahr."

Poincare sagt weiter: Wenn Frankreich und England nicht durch die Ereignisse überrascht werden wollten, sei es dringend notwendig, daß sie auf dieses deutsch-russische Manöver dadurch antworten, daß sie öffentlich durch die Unterzeichnung eines Sicherheitspaktes ihren Entschluß bekundeten, vor der Gefahr einig zu bleiben.

Nach diesem Meinungsaustausch ruht die Besprechung über den Sicherheitspakt ein ganzes Jahr und wird erst in dem Zeitpunkt wieder aufgenommen, in dem die französische und englische Regierung die bekannten Noten über die Reparations- und Ruhrfrage im Sommer 1923 austauschen. Diese Dokumente sind durch das französische Gelbbuch über die Reparations- und Ruhrfrage bereits im Dezember 1923 veröffentlicht worden.

Ausland.

Ein englisches Blaubuch.

London, 11. März. Im Unterhaus wurde gestern mittag Macdonald über zahlreiche Punkte der auswärtigen Politik und britischen Reichsangelegenheiten befragt. Auf eine Anfrage Austin Chamberlain sagte Macdonald, die Regierung wäre vollkommen bereit, das gesamte Material über die Reparationskonferenz vom August 1922 zu veröffentlichen. Von Belgien sei gegen die Veröffentlichung gewisser vertraulicher Besprechungen Einspruch erhoben worden. Die Regierung habe sich daher entschlossen, in einem Blaubuch das vollständige Material zu veröffentlichen mit Ausnahme der Abschnitte gegen die sich der Brüsseler Einspruch richtete.

Eröffnung der Völkerbundstagung.

Genf, 11. März. Die gestrige Eröffnungssitzung der 28. Tagung des Völkerbundes war geheim. Eine öffentliche Sitzung findet erst am heutigen Dienstag statt. Neben dem Anhören verschiedener Kommissionsberichte steht auf der Tagesordnung der heutigen Beratung auch noch die Behandlung der Saarfrage, über die der Italiener Salandra Bericht erstatten wird.

Neue Maßnahmen gegen den Frankensturz.

Paris, 11. März. Poincare hat gestern vormittag von 10 bis 1 Uhr mit seinen Ministern über die Finanzlage beraten und allgemeine Maßnahmen, über die nähere Angaben noch gemacht werden sollen, erörtert. Der Intransigeant glaubt zu wissen, daß die französische Regierung im Verlaufe des gestrigen Vormittags in dem neuen Kabinettsrat weitere Maßnahmen gegen die Inflation besprochen habe. Es sei beabsichtigt, so schreibt das Blatt weiter, zu beschließen, daß über die vorgeschriebene Papiergeldmenge von 41 Milliarden Franken unter keinen Umständen hinausgegangen werden dürfe.

Die Abschaffung des Kalifats.

Macdonald über die Abschaffung des Kalifats.

London, 11. März. Macdonald erklärte gestern im Unterhaus hinsichtlich der Abschaffung des Kalifats, daß die Regierung Seiner Majestät schon vom politischen und religiösen Standpunkt aus kein Recht habe, den Beschluß der türkischen Regierung zu bemängeln. Ebenso liege es dem englischen Kabinett fern, sich in eine Frage einzumischen, für die es stets eine Haltung völliger Uninteressiertheit an den Tag gelegt habe.

* * *

Darowski bei Kalinin.

Warschau, 11. März. Samstag überreichte der neue polnische Vertreter in Moskau Darowski dem Vorsitzenden des Allrussischen Exekutivkomitees Kalinin sein Beglaubigungsschreiben. In seiner Ansprache betonte er die Notwendigkeit, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern in freundnachbarlichem Sinne zu entwickeln.

Der König von Hedschas zum Kalifen gewählt.

Paris, 11. März. Nach einer Meldung des Reuterbüro haben hundert in Jerusalem versammelte Delegierte des Islams einmütig beschlossen, dem König von Hedschas das Amt des Kalifen zu übertragen.

Abzug der englischen Truppen aus Mesopotamien.

London, 11. März. Der Kolonialminister erklärte gestern im Parlament, er sei in der Lage, den Zeitpunkt anzugeben, zu dem die britischen Truppen in Mesopotamien abrücken werden. Er fügte hinzu, er und seine Ministerkollegen beabsichtigen nicht, in Mesopotamien die von dem vorangegangenen Kabinett verfolgte Politik fortzusetzen und sie seien daher entschlossen, die englischen Truppen so schnell als möglich vom Irak abzuberufen.

Das Glück der Ingrid Wendland.

Roman von Erich Friesen.

(Nachdruck verboten.)

9) (Fortsetzung.)

Verdutzt blickte der junge Gelehrte auf bei der unbarmherzig treffenden Logik dieses Kindes. Ja, warum schrieb er eigentlich das dickbauchige Werk über die „Gärungstechniker unter den Vögeln" und ähnlichen Kram? Warum opferte er seine Jugend, seine besten Mannesjahre, seine Gesundheit einem unsäglich mühsamen Werk, von dem er noch nicht einmal wußte, ob es ihm gelingen, ob es der Wissenschaft Nutzen bringen, ob man es überhaupt lesen würde? . . . Nur, weil es ihn befriedigte, ihn glücklich machte.

Glücklich —? War er wirklich — glücklich?

Nachdenklich ruhten seine Blicke auf dem an seiner Seite tapfer ausschreitenden Jungmädel, dessen Augen beim Anblick der tanzenden Paare vor Jugendfrohsinn und Lebensfreude strahlten, dessen runde Wangen das Rot blühendster Gesundheit färbte. Ach, er hatte nie die Freuden, die selige Sorglosigkeit der Jugend gekannt! Sein Vater, ein reicher Sonderling aus dem Jura, der sich ganz in die Einsamkeit seines Bergschlößchens vergrub, um dort von seiner kleinen Sternwarte aus Forschungen über die Fixsterne zu machen, hatte seinen einzigen Sohn in seinem eigenen, etwas absonderlichen Gedankengang erzogen. Nur daß der Gegenstand ein anderer war. Schon mit achtzehn Jahren studierte der junge Maximilian Sinapius in Bern Naturwissenschaft, wobei er sein Hauptinteresse der Fauna zuwandte und hierbei wieder im besonderen dem Studium der Instinkte der Vögel und Amphibien. Nach beendetem Studium hatte er eine Studienreise nach Australien gemacht, um die „fliegenden Hunde" an Ort und Stelle zu beobachten. Hatte sich dann längere Zeit in Syrien aufgehalten, um zu ergründen, weshalb die Hyänen und Schakale kein frisch getötetes Fleisch verspeisen, sondern ihre Opfer erst in ihre Höhlen verschleppen, um ihnen dort das nötige „Hautgout" angedeihen zu lassen. Ein paar Jahre später stand sein Name auf der Liste der bekanntesten Naturwissenschaftler. Und seit einem Jahr hatte er sich in Zürich als Dozent niedergelassen.

Er hatte sein Ziel erreicht. Aber war er — glücklich? Und war er wirklich schon zu alt, um an den Freuden der Jugend teilzunehmen? Wo war seine eigene Jugend geblieben?

Mit einem plötzlichen Ruck blieb er stehen.

„Wenn ich noch tanzen lernte, Fräulein Bärbeli —" er stockte.

„Nun?" ermunterte sie ihn erwartungsvoll, mit großen, runden Augen.

„Werden — werden Sie denn auch mit mir altem Brummbär —"

„Erst lernen und dann fragen!" lachte sie, ihn schalkhaft unter halbgesenkten Lidern hervor anblinzelnd.

Dann schlug sie ihm ein Schnippchen und rannte spornstreichs davon.

Der junge Gelehrte sah ihr nach, wie die Füßchen trippelten, wie die Locken flatterten, wie die blauen Seidenbänder flogen. Alles an der gertenschlanken weißen Gestalt Leben und Jugend und Bewegung — — —

Und er? Und er?!

Langsam wandte er sich und fuhr heimwärts, um in seiner düstern Studierstube über das nächste Kapitel seines Werks über die „Gärungstechniker unter den Vögeln" nachzudenken.

III.

Die Tage flogen dahin. Und auch die Wochen. Und nichts änderte sich in der kleinen Villa am Zürichberg. Konsul Eberhard Wendland rauchte nach wie vor jeden Abend seine Pfeife hinter dem großen Format der Züricher Post, zufrieden mit sich und der ganzen Welt. Frau Ursulas kalte durchdringende Augen waren noch immer auf dem Lugaus nach irgend einem Tadel, den sie einem ihrer Stiefkinder an den Kopf werfen konnte. Bärbeli lachte und schwatzte mit ihrer hellen Stimme und losen Zunge flott drauf los, wie sie es stets getan, ohne sich um die strenge Miene und tadelnden Bemerkungen der Stiefmutter zu kümmern. Adrian hockte bis in die Nacht hinter seinen Büchern und arbeitete für sein demnächstiges Examen, wobei es dem aufmerksamen Auge seiner Schwester Ingrid allerdings manchmal so erschien, als fehlte ihm die rechte Begeisterung.

Und Ingrid selbst —?

Sie war wie immer der gute Geist des Hauses — sanft, liebreich, voll weiblicher Anmut und Würde.

Und doch — ein scharfer Beobachter würde eine Veränderung an ihr wahrgenommen haben. Worin diese bestand, wäre schwer zu sagen gewesen. Vielleicht, daß ihre wundervollen Blauaugen noch tiefer erglänzten, als früher, daß ihr lieblicher Mund etwas fester geschlossen war, daß sie manchmal, scheinbar ohne Veranlassung, die Farbe wechselte und sich wie traumverloren über die Stirne strich, als wollte sie unliebsame Gedanken verscheuchen.

Bald nach jenem Ausflug nach dem Uetliberg hatte Dr. Hilmar Holger in der Wendlandschen Villa seinen Besuch gemacht und war von dem Konsul aufs herzlichste willkommen geheißen worden. Seitdem hatte er Ingrid oft gesehen — sowohl im Hause ihrer Eltern als auch auf Gesellschaften, bei Landpartien und im Konzert oder Theater. Sie fanden stets zueinander, die beiden; doch noch nie war ein wärmeres Wort zwischen ihnen gefallen.

Es war, als ob eine unsichtbare Schranke zwischen ihnen aufragte.

Nur einmal nahm ihre Unterhaltung eine wärmere Färbung an.

Auf einer Dampferfahrt auf dem Vierwaldstätter See war es, bei einem der gemeinsamen Gesellschaftsausflüge, welche die unermüdliche und in solchen Dingen unglaublich erfinderische Juliane Hangartner wieder einmal so wundervoll in Szene gesetzt hatte.

Ein dichtes, wogendes, weithingedehntes Nebelmeer lag über Zürich, als der Extrazug mit den Teilnehmern an dem Ausflug aus der Bahnhofshalle hinausdampfte.

Trotzdem — die frohe Laune stand hoch im Kurs. Die Züricher sind ihr Nebelmeer gewöhnt; sie wissen, daß es zumeist einem umso klareren Himmel Platz macht.

So auch heute. Rasch begannen die Nebelwolken sich zu zerteilen. Und als der Zug in den Bahnhof von Luzern einfuhr und bald darauf alles an Bord eines der eleganten kleinen Dampfer verstaut war, huschte die gutgelaunte Sonne bereits wie frohes Mädchenlächeln hin über den nur leichtbewegten Wasserspiegel des Vierwaldstätter Sees. Zwar steckte der „Pilatus" noch tief in einer Wolkenzipfelmütze. Zerfetzte Nebelhemden umflatterten die „Mythen". Der „Rigi" erglänzte im weißen Negligé, und auf den hohen Matten ringsum hatten die Sonnenstrahlen die letzten Schneespuren noch nicht von dannen getrieben.

Als man an den lieblichen Gestaden des „Rütli" landete, erglänzte blendendes Sonnenlicht über der waldumschlossenen, schwellenden Matte.

Ingrid wanderte an Hilmar Holgers Seite langsam den sanft ansteigenden schmalen Pfad empor. Beide erschienen heute außergewöhnlich [illegible]. Waren ihre Herzen zu voll, um über gleichgültige Dinge zu sprechen? Vermieden sie, eine intimere Unterhaltung zu beginnen — aus Furcht, die in ihrem Innern mühsam eingedämmten Gefühle könnten mit elementarer Gewalt hervorbrechen? . . .

Da spazierte an ihnen ein anderes Paar vorbei, mit raschen, beflügelten Schritten: Bärbeli und der Professor Sinapius. Helles, kindliches Mädchengelächter perlte durch die klare Gebirgsluft. Und als Echo ein schüchternes gedämpftes Männerlachen, welches klang, als ob es sich noch nicht recht hervorwagte. Aber das Gesicht des jungen Gelehrten sah so vergnügt dabei aus — es mußte ihm doch wohl von Herzen kommen, dieses ihm so ungewohnte Lachen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Fastenhirtenbrief.

2. Teil.

„Ein Leib," sagt der Apostel und deutet damit auf die äußere sichtbare Kirche hin. „Ein Geist," so fügt er hinzu und weist damit auf die innere Einheit des Lebens in diesem Leibe hin. Die Glieder des mystischen Leibes Christi sind einig im Glauben der ihnen Offenbarungslehre, einig im Beten und Feiern des einen Gottesdienstes, einig in der Liebe und ehrfürchtigen Unterordnung unter die eine Leitung.

„Um die Geister zu verbinden," sagt Leo XIII., „um die Eintracht der Ueberzeugungen zu bewirken und zu schützen, hat Christus in der Kirche ein lebendiges, bevollmachtigtes und zugleich immerwährend tätiges Lehramt errichtet, hat es durch seine eigene Macht gestützt, mit dem Geist der Wahrheit unterrichtet, durch Wunder bestätigt und durch ernste Willenskundgebung befohlen, seine Verordnungen und Lehren wie seine eigenen anzunehmen."

Darum ist es Pflicht der Verwalter dieses Lehramts, der Bischöfe nämlich und der in ihrem Auftrag tätigen Prediger der christlichen Wahrheit daß sie in ihren Hirtenschreiben und Predigten nicht eigene Meinungen und Lieblingsgedanken, sondern die von Anfang an überlieferte Offenbarungslehre dem Volke vortragen. Darum ist es aber auch Pflicht der Gläubigen, dieses Lehrwort der Kirche mit Ehrfurcht und Dankbarkeit zu hören So nimmt Euer Oberhirte die Gelegenheit wahr, diese beiderseitige Pflicht dem Klerus und den Gläubigen der Erzdiözese mit Ernst in Erinnerung zu rufen, dem Klerus, daß er darauf bedacht sei, in seinen Predigten vor allem die Wahrheiten des Glaubens, der Gnade und der christlichen Sittenlehren zu behandeln und deren Gehalt und Schönheit aber auch deren Wert und Bedeutung für das Leben zu beleuchten und womöglich etwa im Laufe von vier Jahren die Lehre der Kirche von der Kanzel aus zur Darstellung zu bringen. Die Gläubigen mögen auch das schlicht und schmucklos vorgetragene Gotteswort nicht mit der ehrfurchtslosen Lust am Feststellen rednerischer Mängel, sondern mit der Heilsbegierde und Dankbarkeit anhören, die „den guten Samen in gutes Erdreich" bettet. Nehmet euch hier das Verhalten der Gottesmutter zum Vorbild, von der uns das Evangelium erzählt: „Maria aber bewahrte alle diese Worte," auch die Worte der einfachen Hirten an der Krippe, „und überdachte sie in ihrem Herzen" (Luk. 2, 19). Haltet euere Kinder an, die Predigt am Sonntag mit Aufmerksamkeit zu vernehmen und pfleget die schöne alte Sitte wieder, mit den Kindern die Predigt zu Hause durchzusprechen und Unverstandenes zu erklären. So wächst das Verständnis der einen und wahren Heilswahrheit bei jung und alt, und die oft so beschämende Unwissenheit in religiösen Dingen macht einer geläuterten Kenntnis der Heilswahrheiten Platz.

Aber haltet mit derselben Treue auch fest an der Einheit des Gebetes und Gottesdienstes. „Ein Herr, ein Glaube, eine Taufe" (Eph. 4. 5). Lasset euere Kinder nicht einen Tag länger, als notwendig ist, der Wohltat der hl. Taufe entbehren und lasset die Spendung dieses ersten und wichtigsten Sakramentes nur durch den katholischen Priester, der mit euch und der hl. Kirche im Glauben eins ist, vollziehen. Den Priestern der katholischen Kirche ist ja mit den Aposteln und in Unterordnung unter deren Nachfolger, die Bischöfe, der Auftrag gegeben worden: „Gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes, und lehret sie alles halten, was ich euch befohlen habe" (Matth. 28, 20). Gewöhnet die Kinder auch frühzeitig daran, die gefährdete Taufunschuld durch reumütigen Empfang des Bußsakramentes zu bewahren oder die verlorene so bald als möglich durch dasselbe Bußsakrament zurückzugewinnen. Haltet aber euch auch selber an dieses hl. Sakrament und vermeidet die Bußbänke und Bekehrungsfeiern von Sekten die nur ein Schatten sind von dem, was im Bußsakrament der Kirche göttliche Einsetzung und übernatürliche Wirklichkeit ist. Denn nur zu den Aposteln und den von ihnen und ihren Nachfolgern mit den heiligen Weihegewalten ausgestatteten Priestern der Kirche ist jenes mächtige Wort des Herrn gesagt: „Welchen ihr die Sünden nachlasset, denen sind sie nachgelassen und welchen ihr sie behaltet, denen sind sie behalten" (Joh. 20, 23).

Damit aber diese Einheit der Taufe und Buße in unseren Familien heimisch werde und bleibe, ist es nötig, daß vor allem das Fundament der Familie, die Ehe selber als hl. Sakrament geehrt werde daß ihre Einheit und Einzigkeit unveräußerliches Gut der Ehegatten sei und daß diese selber einig im Glauben und in der Gnade, den Eheabschluß nur vor dem katholischen Pfarrer in der Kirche vollziehen. Schon der Märtyrerbischof Ignatius von Antiochien, der um das Jahr 107 den Martertod gestorben ist, schreibt in seinem Briefe an Bischof Polykarp von Smyrna: „Es gehört sich, daß Bräutigam und Braut mit Gutheißung des Bischofs die Ehe eingehen, damit die Ehe sei im Sinne Gottes" (c. 5).

Ueber allem aber, geliebte Diözesanen, soll die Einheit des Betens und Gottesdienstes zum Ausdruck kommen durch euere regelmäßige Teilnahme an der Feier der hl. Messe, zum wenigsten am Sonntag und an den kirchlichen Festtagen — womöglich aber täglich, und durch den andächtigen Empfang der hl. Kommunion, dieses „Bandes der Einheit". Je mehr die geschichtlichen Forschungen unserer Tage die Kenntnis der gottesdienstlichen Bräuche der Urkirche fördern, desto deutlicher wird erkennbar, wie wir Katholiken der Gegenwart durch unsere Meßgebete und unsere Kommunionfeier in einem weitspannenden Gebetszusammenhang stehen, der über die Jahrhunderte zurück in die Zeiten der Katakombenchristen, darüber hinaus in die Tage der Apostel und in die hl. Feierstunde des letzten Abendmahles hinaufreicht. So wie wir heute die Präfation einleiten mit dem Rufe: „Empor die Herzen!" und der Antwort: „Wir haben sie bei dem Herrn", so wurde sie schon um das Jahr 200 in Rom eingeleitet. So wie wir heute das dreimal heilig und die hebräischen Worte „Gott Sabaoth" und „Hosanna" ertönen lassen, so haben schon urchristliche Danksagungsgebete des ersten Jahrhunderts das Dreimalheilig und jene hehren Worte erklingen lassen. So wie wir heute die hl. Messe als das Opfer des neuen Bundes feiern, von dem der Prophet Malachias geweissagt hat, so beruft sich schon jene früher erwähnte uralte Kirchenverordnung des ersten Jahrhunderts auf das Malachiaswort von dem „reinen Speiseopfer, das allenthalben und zu allen Zeiten soll dargebracht werden" (Mal. 1. 11 14) und nennt die Sonntagsfeier der Kirche ein Opfer (Didache c. 14).

Es ist ein beglückender Gedanke, geliebte Diözesanen, durch die Jahrhunderte und Jahrtausende hinab in unserem heiligen Meßopfer eine Gebetsgemeinschaft zu haben mit den Martyrern der Verfolgungszeit und mit den Aposteln und Christen selber im Abendmahlssaal. Aber nicht minder beglückend ist uns das Bewußtsein daß diese Gemeinschaft in und durch das heilige Meßopfer uns auch über alle Schranken des Raumes hinweg in Verbindung bringt mit allen heute lebenden Katholiken des ganzen Erdkreises, die irgendwo und irgendwie dem heiligen Meßopfer sich anschließen, sei es durch persönliche Gegenwart und wirkliche heilige Kommunion, sei es in Gedanken und geistlicher Kommunion. Da wird wahr, was der Apostel einst an die Korinther geschrieben hat: „Ein Brot, ein Leib sind wir viele, wir alle, die wir an dem einen Brote teilnehmen (1. Kor. 10 17). Und mit jener mehrerwähnten alten Kirchenordnung des ersten Jahrhunderts können auch wir angesichts der einigenden Macht der heiligen Eucharistie beten: „Wie dieses gebrochene Brot auf den Bergen zerstreut war, und dann zusammengebracht und eins wurde, so möge deine Kirche von den Enden der Erde zusammengebracht werden in dein Reich" (Didache c. 9, 4).

Darum betrachtet die Feier der Sonntagsmesse nicht als lästige Pflicht, sondern als das beglückende Band der Einheit aller katholischen Christen auf Erden, als die geistige Gemeinschaft der wahren Gläubigen inmitten des Wirrwarrs und der Zerrissenheit der Völker! Und kommt gerne und fleißig zum Tische des Herrn, damit an diesem Mahl der Liebe die Liebe sich immer neu entzünde.

Indem ich die Liebe nenne, komme ich auf die letzte noch zu besprechende Einheit zu reden, die neben der Einheit des Glaubens, des Gebetes und des Gottesdienstes der Kirche eigen ist. Liebende Einheit aller Gläubigen unter der einen Leitung der Bischöfe und des heiligen Vaters in Rom — das ist die am wundersamsten in die Erscheinung tretende Einheit der Kirche. Wir wissen heute in unserem armen Vaterlande, wie schwer es ist, selbst die Stämme einer und derselben Sprache und eines und desselben Schicksals zu einer Einheit zusammenzuschließen. Wir wissen heute, wie unmöglich eine einheitliche Leitung der nichtkatholischen Christenheit geworden ist und in wie zahlreiche Kirchen und Sekten diese Christenheit zerspalten ist. Uns aber bindet mit göttlicher Vollmacht der hl. Vater in Rom und die mit ihm vereinigten Bischöfe des Erdenrundes zu einem einheitlichen Gottesreiche zusammen, und wie zu den Zeiten des von mir schon erwähnten Bischofs und Martyrers Irenäus von Lyon ist noch heute die Verbindung mit Rom das Kennzeichen der Echtheit und Kirchlichkeit einer jeden Diözese. Darum schauet mit Ehrfurcht auf zu dem erhabenen Träger des obersten Hirtenamtes, füget mit dankbarer Liebe euch unter den Hirtenstab eueres Bischofs. Denn dankbar müssen wir sein daß Christus dieses heilige Hirtenamt eingesetzt und damit die Grundlage übernatürlicher Einheit gelegt hat. Bringet auch, geliebte Diözesanen, Vertrauen entgegen den Weisungen eueres Bischofs, der in Ausübung seines Hirtenamtes mit Christi eigener Vollmacht ausgerüstet ist. „Wer euch höret, höret mich", sagt ja der Herr selber, „und wer euch verachtet, verachtet mich; wer aber mich verachtet, verachtet den, der mich gesandt hat" (Luk. 10, 16). Darum nehmet auch mit Liebe und Ehrfurcht euere Seelsorger und ihre Mahnungen und Anordnungen auf, denn sie sind vom Bischof und darum von Christus gesandt, und durch sie leitet euch der Bischof und darum Christus. Und zeiget euere Liebe zu eueren Seelsorgern auch durch die Tat! Ihr wißt, wie in den Zusammensturz aller Vermögen auch die kirchlichen Stiftungen hineingerissen worden sind. Zeiget euch nicht weniger opferwillig und liebevoll als euere Vorfahren, die jene Stiftungen gemacht hatten. Bringet gerne, wie es in der Urkirche war, das Notwendige für den Gottesdienst und den Unterhalt der Seelsorger, den der Bischof nicht mehr geben kann, durch freiwillige Gaben und, soweit dann noch nötig, durch Kirchensteuern selber zusammen. Empfanget, geliebte Diözesanen, besonderen Dank dafür, daß ihr meinen Ruf vom 8. Dezember v. J. zugunsten euerer Seelsorger in allen Pfarreien mit nur wenigen Ausnahmen entsprochen habt.

Geliebte Diözesanen! Es lag mir am Herzen, euch zu Beginn der diesjährigen Fastenzeit an das Glück zu erinnern, das wir in der Zugehörigkeit zur einen und einzigen Kirche Jesu Christi genießen. Es lag mir daran, euch die Pflichten der Dankbarkeit und der Pflege dieser Einheit mit liebender Eindringlichkeit vor Augen zu führen. Nicht aber soll das heißen daß wir im Besitz dieses Glückes den Andersgläubigen, deren Versammlungen und Einrichtungen wir meiden, irgendwelche mit persönlicher Lieblosigkeit oder gar Mißachtung begegnen. Im Gegenteil, je mehr wir den Segen zu schätzen wissen, den wir der alleinseligmachenden Kirche verdanken, desto liebevoller muß unsere Gesinnung gegen jene sein, die zwar heute äußerlich noch nicht zur Kirche gehören, von denen wir aber wünschen, daß sie alle einmal zum ewigen Reiche dieser selben Kirche Christi gehören mögen. Darum soll unser Gebet immer und eindringlich zum Herrn und Stifter der Kirche für jene dringen, die ohne ihre eigene Schuld dem sichtbaren Gottesreich auf Erden nicht angegliedert sind. Wir sollen beten, daß die Segnungen der alleinseligmachenden Kirche auch sie erreichen und die Gnadenkräfte, die Christus in ihr niedergelegt hat, auch ihnen zum Heile werde. Denn, so mahnt uns der fromme Dulderpapst Pius IX. in seiner Allocution vom 9. September 1854: „Gewiß ist es als Glaubenswahrheit festzuhalten, daß außerhalb der Apostolischen Römischen Kirche niemand selig werden kann, daß sie die einzige Arche des Heiles ist ohne die jeder in der Sündflut untergeht. Und dennoch ist es auf gleiche Weise für gewiß zu halten, daß jene, welche an einer unüberwindlichen Unkenntnis der wahren Religion leiden, dadurch in keiner Weise vor Gott schuldig werden. Nun aber: Wer möchte so anmaßend sein, daß er die Grenzen dieser unbefleckten Unkenntnis abstecken zu können vermeinte bei so großer Mannigfaltigkeit der Völker, der Länder, der Begabungen und anderer vieler Dinge? Nein, erst wenn wir einmal von den Banden dieses Leibeslebens befreit, Gott schauen werden, wie er ist, dann werden wir wahrlich auch einsehen, in welch schöne und enge Verbindung Gerechtigkeit und Erbarmen Gottes miteinander verbunden sind. Solange wir aber hier auf Erden weilen, beschwert mit der Last unserer Sterblichkeit, die den Geist blendet, da lasset uns festhalten an der katholischen Glaubensüberzeugung: „Es ist nur ein Gott, ein Glaube eine Taufe"" (Eph. 4, 5).

Derselbe heilige Vater Pius IX. hat an anderer Stelle über diese schuldlos Draußenstehenden gesagt: „Es ist uns und euch bekannt, daß sie, wenn sie das Naturgesetz und dessen von Gott in aller Herzen eingegrabenen Gebote sorgfältig beobachten, Gott zu gehorchen bereit sind und ein ehrbares und rechtes Leben führen, durch die Wirkungskraft der göttlichen Gnade das ewige Leben erlangen können". Pius fügt hinzu: „Ferne sei es also, daß die Kinder der katholischen Kirche jemals irgendwie sich denen feindlich zeigen, welche nicht durch die nämlichen Bande des Glaubens und der Liebe mit uns verbunden sind. Vielmehr mögen sie bemüht sein jenen, wenn sie krank oder arm, oder sonst in Not sind, mit allen Pflichten der christlichen Caritas zu dienen und zu helfen, und vor allem sich bestreben, sie den Finsternissen des Irrtums zu entreißen und sie der katholischen Wahrheit und der zärtlich liebenden Mutter Kirche zurückzuführen. Denn nie hört diese auf, ihre mütterlichen Hände nach jenen liebend auszustrecken und sie an ihr Herz zurückzurufen, damit sie, in Glaube, Hoffnung und Liebe gegründet und gefestigt und an jeglichem guten Werke fruchtbar, das ewige Heil erlangen mögen" (Enzyklika 10. August 1863).

Geliebte Diözesanen! Die Allermeisten von uns sind gleich nach der Geburt durch die hl. Taufe Mitglieder der einen und einzigen Kirche Christi geworden, während anderen dies Glück erst nach langem Ringen und Kämpfen zuteil wird. Wir sind durch die Taufe um der Verdienste Jesu willen von der Erbsünde befreit, Gottes Kinder und sein Eigentum geworden; und wenn wir durch persönliche Schuld und Sünde diesen hohen Beruf verloren hatten, sind wir durch das Bußsakrament Leben ausgestattet worden. In der hl. Firmung haben wir uns selber Gott zu Eigentum gegeben und sind vom hl. Geist zu lebendigen Gottestempeln geweiht worden. In der hl. Messe bringen wir Jesus Christus unter den Gestalten von Brot und Wein Gott im Himmel als Opfer dar und vereinigen mit ihm uns selber mit allem, was wir sind und haben; in der hl. Kommunion empfangen wir eben diesen Christus den Herrn, der uns zugleich die Verheißung gibt, daß wir, so wie wir auf Erden mit ihm vereint sind, auch in der Ewigkeit in Liebe mit ihm verbunden sein und an seinem unsagbaren Glück teilnehmen werden. Zu welch hoher Bestimmung sind wir, die Glieder der einen Kirche Christi, berufen! Möchten wir allen Ernstes darnach trachten, diese Bestimmung zu erreichen, gemäß der Mahnung des hl. Petrus: „Ihr seid ein auserwähltes Geschlecht, ein heiliger Stamm, ein Gott zugeeignetes Volk, ein königliches Priestertum; ihr sollt die Großtaten dessen laut verkünden der euch aus der Finsternis zu seinem wunderbaren Licht berufen hat" (I. Petr. 2, 3). Amen.

Freiburg i. Br., am Feste des hl. Apostels Matthias, den 25. Februar 1924.

✠ **Carl, Erzbischof.**

-ei- Katholischer Arbeitertag.

Offenburg, 11. März.

Der Zentrumsführer Windthorst hat im Vorwort zur vierten Auflage von Kettelers Arbeiterfrage die Worte niedergelegt: „Es ist und bleibt unser Ruhm, daß ein katholischer Kirchenfürst es war, welcher zuerst den Mut hatte, zu einer Zeit, wo das Manchestertum die ganze öffentliche Meinung beherrschte, die Fahne einer christlichen Sozialreform aufzupflanzen." Einen wirksameren Appell, sich der Interessen der Armen und Schwachen anzunehmen, erklärte Windthorst weiter, kenne er nicht, als Kettelers Arbeiterfrage. Für Ketteler, den großen Arbeiterbischof von Mainz, war es ein hartes, dornenvolles Werk, seinem herrlichen Programm, seinen Ideen den Pfad zu ebnen. Nun, Ketteler hat in den düstern Urwald des Wirtschaftslebens, wo die Großen erbarmungslos alles Kleine und Schwache aussaugten und erstickten, Licht gebracht. Gerade in unsern Tagen richten sich die Blicke zu dem Vorkämpfer christlicher Sozialreform, den eigentlichen Begründer der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands, wo man weiß, daß man in gewissen Kreisen einen Kampf vorbereitet, welcher sich gegen die Arbeiterschaft richtet.

Unsere katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine haben den Ernst der Zeit erfaßt und bereits das Signal zum Sammeln geblasen. Davon legte der katholische Arbeitertag, welcher am Sonntag für die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine des Mittellandes in Lahr abgehalten wurde und eine zahlreiche Beteiligung aufzuweisen hatte, beredtes Zeugnis ab. Den Auftakt der Tagung bildete eine kurze kirchliche Feier in der Stadtpfarrkirche, wobei Herr Stadtpfarrer Popp eine eindrucksvolle Festpredigt hielt. Leider mußte der geplante Festzug, den wir gerade in Lahr und zwar aus verschiedenen Gründen gerne hätten aufmarschieren sehen, unterbleiben, da z. Zt. derartige Veranstaltungen verboten sind. In der Turnhalle des Lehrerseminars fand alsdann die Festversammlung statt. Nach einem Begrüßungschor des gutgeschulten Lahrer Kirchenchors eröffnete der Vorsitzende des Lahrer Ortskartells, Herr Laub, die imposante Versammlung, indem er betonte, daß kapitalkräftige Unternehmer am Werke seien, einen rücksichtslosen Kampf gegen die sozialen Errungenschaften zu führen. Man arbeitet auf niedrige Löhne und Gehälter hin und versucht seitens der Großindustrie, das staatliche Schlichtungswesen lahm zu legen. Demgegenüber ist der Staat verpflichtet, sich auf die Seite der Schwachen zu stellen.

Anschließend an diese einleitenden Worte hielt der Bezirkspräses des Bezirksverbandes Offenburg, Herr Stadtpfarrer Karle-Offenburg, eine kernige Ansprache, wobei er ausführte, daß unsere kathol. Arbeitervereine zum Aufbau unseres Vaterlandes von weittragender Bedeutung seien. Mit der im Rheinland gegründeten christlich-sozialen Volksgemeinschaft haben wir nichts zu tun und lehnen sie ab. Die heutige Kundgebung möge eine Aufbauarbeit sein für Vaterland und Familie. Der Bezirkspräses machte alsdann der Versammlung die Mitteilung, daß Herr Staatspräsident Dr. Köhler, welcher sein Erscheinen zugesagt hatte, infolge anderweitiger Inanspruchnahme verhindert sei, an dieser Tagung teilzunehmen. Er begrüßte alsdann den Festredner, Herrn Stadtrat Kühn aus Karlsruhe, welcher bei uns noch in gutem Andenken steht.

Herr Kühn sprach über das Thema: „Die politische, wirtschaftliche und soziale Lage". Seit fünf Jahren, führte er aus, führen wir einen Kampf um Arbeit und Brot. Seien wir uns klar, daß wir in Deutschland noch lange nicht über dem Berge sind. Von gewisser Seite wird nun versucht, der Arbeiterschaft neue Ketten anzulegen. Die christlich-nationale Arbeiterschaft, die jederzeit für das deutsche Vaterland eingetreten ist, hat eine solche Behandlung nicht verdient. Da ergeht der Ruf an die katholische Arbeiterschaft, zusammenzustehen und Mittel und Wege zu finden, um das große Ziel der großen Arbeiterbewegung zu erreichen. Der Vorwurf gegen die Mehrheitsparteien, als ob sie schuld wären am heutigen Elend, müsse zurückgewiesen werden. Dr Wirth hat nicht daran gedacht, das Volk dem Elend entgegenzuführen, denn er hat bekanntlich das Wort geprägt: Erst Brot, dann Reparationen. Man hat all die Männer bekämpft, die diese Dinge vorausgesagt, die nur das Beste wollten. Es ist beachtenswert, was der badische Arbeitsminister im Volksfreund ausführte, daß im November 1922 die Reaktion die erste Schlacht gewonnen hat. Aus einer Denkschrift geht hervor, daß wir in Deutschland drei Millionen Erwerbslose und 1½ Millionen Kurzarbeiter haben. Der Reichshaushalt ist zerrüttet, die niederen Löhne und Gehälter reichen kaum aus, um leben zu können. Schuld an diesen Entwicklungen in Deutschland ist die rohe Gewalt, die dahin zielt, die Einheit des deutschen Volkes zu zerschlagen. Vielleicht hat man auch auf unserer Seite in den letzten Jahren Fehler gemacht. Es gibt Leute, die unsere Arbeiter mit den Kommunisten und Sozialisten in einen Topf werfen.

Niemand kann sagen, wie die Lage der Arbeiter sich gestalten wird. Die deutsche Arbeiterschaft ist an einem Wendepunkt angekommen. Wenn dies jetzt nicht erkannt wird, dann ist sie verloren. Deshalb sind heute die katholischen Arbeitervereine nötiger denn je, wie auch die christlichen Gewerkschaften. Beide Organisationen müssen zusammenstehen und Hand in Hand arbeiten. Die Spannung zwischen Arbeitern und Unternehmern ist groß, wir begegnen einem Klassenkampf von rechts wie ihn die Sozialdemokratie von links führt. Nicht Klassenkampf und Klassenhaß kann dem deutschen Volke zur Gesundung helfen, sondern Friede, Verständigung. Der Arbeiter darf nicht als Sklave behandelt werden. Es gibt auch noch vernünftige Arbeitnehmer, die einen angemessenen Lohn geben und von dem Grundsatz sich leiten lassen: leben und leben lassen. Die Wirtschaft hat einen Vorteil davon, wenn der Arbeiter einen gerechten Lohn erhält. Bevor es Sozialisten gab, sind Diener der Kirche aufgetreten und verlangten eine gerechte Entlohnung und eine angemessene Arbeitszeit. Bei einer zu langen Arbeitszeit leidet die Familie Not. Gerade bei den nächsten Reichstagswahlen wird des öftern vom Achtstundentag die Rede sein und es ist deshalb bemerkenswert, was der sozialdemokratische Arbeitsminister Dr. Engler am 8. November 1923 ausführte, indem er sagte: Es gibt keinen Abgeordneten im Reichstag, der nicht davon überzeugt ist, daß der Achtstundentag nicht zu halten ist. Wir brauchen heute kath. Organisationen und Männer ohne Furcht und ohne Zagen. Der sozialen Reaktion wollen wir mit aller Macht entgegentreten. Hoffen wir aber auch, daß bei den kommenden Reichstagswahlen eine starke Mitte zustande kommt, indem wir eintreten für die Partei, die Verständnis hat für alle Stände, wo Politik des gesunden Menschenverstandes geübt wird, die Zentrumspartei. Frisch auf zum Kampf, so schloß der Redner seine mit großer Begeisterung aufgenommene Rede, für die Zukunft unserer Heimat, für ein glückliches, deutsches Vaterland. Nach weiteren Liedervorträgen des Kirchenchores brachte der Bezirkspräses, Herr Stadtpfarrer Karle folgende Resolution zur Verlesung:

„Die zum Bezirkstag in Lahr so zahlreich versammelten Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine des Bezirks Offenburg lehnen einmütig alle Bestrebungen ab, die dahin zielen, die christliche nationale Arbeiterschaft zu spalten. Sie betrachten jede Gründung einer besonderen Arbeiterpartei als eine Schädigung der Arbeiterinteressen.

Die Zentrumspartei ist jene, die von jeher die Arbeiterinteressen kraftvoll vertreten hat. Darum fordert der Bezirkstag alle Mitglieder auf, im Sinne der Zentrumspartei bei den bevorstehenden Reichstagswahlen tätig zu sein.

Der Bezirkstag fordert alle Vereine auf, überall die Vereinstätigkeit wieder kräftig aufzunehmen und für die Gewinnung neuer Mitglieder unverzüglich und großzügig tätig zu sein.

Die Förderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist allenthalben eifrig zu erstreben.

So sehr auch die christliche Arbeiterschaft an der Gesundung des wirtschaftlichen Lebens größtes Interesse hat und zu Opfern bereit ist, so fordert sie doch menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, gerechte Entlohnung und vernünftige Arbeitszeit.

Die Versammlung erhebt schließlich einmütig Protest gegen die beleidigenden Angriffe des Generals Ludendorff auf den um unser deutsches Vaterland hochverdienten hl. Vater und auf das ganze kath. Volk. Sie bedauert, daß General Ludendorff, der die Geschicke des deutschen Volkes in weitem Maße bestimmend lange Zeit in der Hand hatte, eine so kurzsichtige und beleidigende Haltung eingenommen hat, zumal katholische Soldaten im Weltkrieg Gut und Blut in gleichem Maße wie andere Reichsbürger eingesetzt haben."

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach einem Dankeswort an den Festredner und an alle, die dazu beigetragen haben, daß die Tagung einen so prächtigen Verlauf genommen, schloß der Vorsitzende gegen 6 Uhr die Versammlung.

Aus dem sozialen Leben.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden hat sich insofern weiter gebessert, als die Zahl der unterstützten Erwerbslosen um rund 2500 zurückgegangen ist. Die Besserung ist vor allem festzustellen im Metallgewerbe, in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie, in der Schwarzwälder Uhrenindustrie, im Holzgewerbe und im Vervielfältigungsgewerbe. Beim Nahrungsmittelgewerbe ist die Geschäftslage teilweise noch flau. Für kaufmännische Büroangestellte ist die Arbeitsmarktlage im allgemeinen immer noch ungünstig; in geringerem Umfang wurden Stenotypisten verlangt.

Gerichtssaal.

Der Reichenauer Aufruhr.

Konstanz, 10. März. Unter der Anklage des Aufruhrs mußten 13 Fischer von der Insel Reichenau vor der hiesigen Strafkammer erscheinen. Am 16. Oktober 1923 hatten die Zollbeamten dem 32jährigen Fischer Rupert Heckmann und dem 26jährigen Fritz Glöckler II wegen Verdachts der unerlaubten Ausfuhr ihre beiden Gondeln und einiges Schweizer Geld beschlagnahmt. Diese Maßnahme hatte den Unwillen der Reichenauer Fischer hervorgerufen und einige Tage darauf sammelten sich vor dem Zollamtsgebäude am Landungssteg der Insel Reichenau etwa 70 bis 80 Reichenauer Fischer an und forderten von dem dort anwesenden Zollbeamten die Herausgabe der Gondeln und des Geldes, wobei Drohrufe, wie Totschlagen, Hausanzünden, in den See werfen usw. laut wurden. Unter dem Druck der Menge und ihrer Forderungen gab der Zollbeamte Gondeln und Geld heraus. Von den Angeklagten wurde einer zu 9 Monaten Gefängnis, ein zweiter zu 8 und ein dritter zu 7 Monate Gefängnis und neun zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Einer wurde freigesprochen.